

BÄCKER-ZEITUNG

des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Marstraße 27.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Biliengasse 12.

Erscheint jede Woche Sonnabends.

Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Wen wählen wir am 16. Juni in den Reichstag?

II.

Wenn das alte deutsche Sprichwort: „Viel Feind, viel Ehr!“ Recht hat, so ist die sozialdemokratische Partei wohl die ehrenvollste, die es in der Welt gibt. Eine Partei wird so viel bekämpft, verleumdet, bedrängt und bedrückt wie die Sozialdemokratie. Die schwarzen und die blauen Gendarmen ziehen aus zum Kampf gegen den „Umsurz“; Richter und Staatsanwälte, Bürgermeister und Landräte, Minister und Nachtwächter, kurz alle „staatserhaltenden Elemente“ machen mobil gegen „die rote Rote“; die biedern Bürgersleute und die Großkaufleute, Missunter und Schlotunter, Fabrikanten und Handwerker, Bauern und Krämer arbeiten auf die Vernichtung der Sozialdemokratie los; die Nationalliberalen und die Konservativen, die Freisinnigen und die Antisemiten, die Ultramontanen und die Kulturmänner, alle sind sie einig im Kampfe gegen die Sozialdemokraten; protestantische Pastoren, katholische Kapläne und Judentrabbiner, Jesuiten und Freidenker, gläubige Mönche und unglaubliche Professoren, alle tragen sie ihr Entzücktheitsherber, um die bösen Sozialdemokraten zu verbrennen — die Sack auf Motiv ist eröffnet.

„Die Sozialdemokratie ist der Feind!“ so heißt es in den Wahlflugblättern, ihr Ziel ist nicht die Reform des bestehenden, nicht die Pflege der Arbeiterwohlfahrt, sondern der Umsturz der heutigen Weltordnung! Da gibt es keine Scheukräfte, die den Sozialdemokraten nicht entdeckt, kein Verbrechen, das ihnen nicht zur Last gelegt wird. Sie wollen Eigentum und Ehe abschaffen, Religion und Moral vernichten, Kunst und Wissenschaft zerstören. Und vor allen Dingen wollen sie das liebe, teure Vaterland verraten. „Alle Menschen sollten von derselben gleichen, starken Liebe zum gemeinsamen Vaterlande erfüllt sein,“ hieß es neulich in einem Flugblatte. „Um sein Vaterland zu lieben, braucht man weder reich noch hochgestellt zu sein. Man liebt sein Vaterland, weil diese Liebe jedem guten Menschen angeboren ist — so wie man seine Eltern sieht. Auch die Eltern sieht man, ohne Rücksicht auf Reichtum oder hohe Stellung. Alle Eltern werden von ihren Kindern geliebt. So sollen und können auch dem Vaterland alle seine Söhne in gleicher Liebe zugetan sein. Wie nun die Eltern in der Regel keinem ihrer Kinder den Vorzug geben, so umso mehr auch das Vaterland alle seine Söhne in gleicher Liebe. Und der stärkste und edelste Ausdruck dieser Liebe ist mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gegeben. Die Sozialdemokraten sind entartete Söhne des Vaterlandes. Sie vergelten die Liebe mit Hass. Das Reichstagswahlrecht sollte der festeste Kitt sein, der das Gebäude des Reiches durch die aufopferungsvolle Liebe aller Deutschen für alle Zeiten zusammenhält. Die Sozialdemokratie aber benutzt das Reichstagswahlrecht, als ob es ein Sprengstoff wäre, um das Reich zu zerstören. Wenn man bedenkt, welches der wahre Sinn und Grund des Reichstagswahlrechts ist, und dann überlegt, wie die Sozialdemokraten davon Gebrauch machen, dann muss man doch fragen: Kann es ein gröberes Unrecht und einen abscheulicheren Unzug geben?“

Wenn man solchen Blödsinn liest und eine solche Kampfsweise betrachtet, so fällt einem unwillkürlich der Spruch des Dichters ein, der da lautet:

„Wenn dich die Lästerzunge sticht,
So lasst dir dies zum Troste sagen:
Die schlechten Früchte sind es nicht,
Woran die Welpen nagen!“

Die Sozialdemokratie muss wirklich keine schlechte Frucht sein, weil sie in einer solch unedlen, niederrächtigen Weise bekämpft wird. Trotzdem es uns eigentlich überflüssig erscheint, unseren Kollegen gegenüber die Sozialdemokratie zu verteidigen, so wollen wir doch ein paar Punkte herausgreifen und beleuchten.

Da wird zunächst behauptet, die Sozialdemokratie verachte den Mittelstand. Es sind ganz andere, von der sozialdemokratischen Bewegung völlig unabhängige Faktoren, die den Kleinbetrieb beiseite schieben. Der kapitalistische Großbetrieb, der sich nach und nach zu Kartellen und Ringen zusammenschließt, breitet sich immer mehr aus und erdrückt die kleinen, selbständigen Handwerker. Die Fabrik preßt dem Handwerk die Kehle zu und es gibt kein Mittel, diesen ganz natürlichen Entwicklungsgang aufzuhalten. Gegen eine im wirtschaftlichen Leben begründete Entwicklung hilft kein „warmes Herz“ der Regierungsräte und die schönsten Versprechungen der Mittelstandsretter sind taube Nüsse. Gerade in unserer Branche sehen wir, daß die größte Konsumbäckerei Deutschlands, die Breslauer, mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat; die Leitung des Vereins ist gut bürgerlich und sozialistenseindlich, von den 80 in der Bäckerei beschäftigten Leuten ist kein einziger sozialdemokratisch organisiert.

Sodann behaupten die Sozialistenfresser, die Sozialdemokraten huldigten der Verelendungstheorie, d. h. sie strebten dahin, daß das Elend immer größer würde, damit der Umsturz der Gesellschaft desto schneller eintrete. Das ist eine Behauptung eine Verleumdung ist, sieht jeder sofort, der die auf Besserung der Lebenshaltung gerichteten Strebungen der Arbeiterbewegung beobachtet. Selbst nach Ansicht bürgerlicher Sozialpolitiker bedeutet der schrankenlose Kapitalismus eine wachsende Zunahme der Unsicherheit, des Elends, der Knechtung der unteren Volksklassen. Das Kapital wird getrieben von der Sucht nach Profit, und dieser Drang wird in dem einzelnen Kapitalisten entwickelt durch den Zwang der Konkurrenz. Daher strebt das Kapital danach, die Arbeitszeit der Arbeiter auszudehnen, die Löhne zu drücken, durch Arbeitsteilung und Maschinen es zu ermöglichen, daß billigere Arbeitskräfte die besser bezahlten erscheinen, der ungelehrte Arbeiter an Stelle des gelernten, Frauen und Kinder an Stelle der Männer treten. Das Streben nach Profit zusammen mit der Planlosigkeit der Produktion bringt aber auch Krisen mit sich, deren Umfang immer mehr wächst, und die das Elend der Arbeitslosigkeit in den weitesten Kreisen der Bevölkerung verbreiten.

Dass die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, von der das sozialdemokratische Programm spricht, diese Wirkungen hat, ist heute, wie gesagt, auch von vielen bürgerlichen Sozialreformern anerkannt. Andererseits aber stimmen die Sozialdemokraten mit den Letzteren darin überein, daß es dringend notwendig ist, die Wirkungen der ökonomischen Entwicklung einzuschränken, und daß dies heute schon bis zu einem sehr erheblichen Grade geschehen kann, namentlich durch die Arbeiterschutzgesetze und gewerkschaftliche Organisationen, die am wirksamsten der Zunahme des Elends, der Knechtung, der Unsicherheit, der Ausbeutung entgegentreten.

Aus diesem Grunde unterstützt die Sozialdemokratie alle sozialpolitischen Maßnahmen, die eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeizuführen imstande sind. Hierbei stößt sie auf den heftigen Widerstand der bürgerlichen Parteien, denen die sozialen Reformen immer zu weit gehen. Dieses Eintreten der Sozialdemokraten für Sozialreform hindert sie allerdings nicht, auch das weitergehende Ziel ins Auge zu fassen: die Beseitigung der Lohnsklaverei und Erziehung derselben durch eine vernünftige Produktionsweise. Denn man mag sagen, was man will: zufrieden können die Arbeiter mit den gegenwärtigen sozialen Einrichtungen nicht sein. Dazu sind die Verhältnisse noch lange nicht gut genug. Weder sind die Löhne ausreichend zu einem Leben, wie es einem Arbeiter aufkommt, noch ist auch die Existenz eine gesicherte. Die Hungerlöhne, die in verschiedenen Branchen noch heute die Regel bilden, und die große Arbeitslosigkeit, die über dem Haupt eines jeden Proletariers schwelt, sind leuchtende Beweise dafür, wie es mit der heutigen, „göttlichen Weltordnung“ bestellt ist.

Auch die sogenannte Spartheorie bietet einen Angriffspunkt gegen die Sozialdemokratie. „Die sozialdemokratische Behauptung,“ so heißt es in einer vielverbreiteten Lügenbrochüre, „daß der Arbeiter nicht sparen kann, enthält eigentlich nicht nur eine Unwahrheit, sondern auch ein Unrecht, um nicht zu sagen eine Beleidigung gegen die Arbeiter, die zu Millionen ihre Fürsorge für ihre Familien durch Sparsamkeit betätigen.“

Die Sozialdemokratie hat nirgends erklärt, der Arbeiter kann nicht sparen, sie hat nur erklärt, viele Arbeiter könnten nicht sparen. Sie hat aber die Ursache davon nicht bei den Arbeitern gesucht, also diese nicht beleidigt, sondern in den niederen Löhnen, die ihnen bezahlt werden. Liegt darin eine Beleidigung, so wendet sie sich gegen die Lohnräuber und ihre Helfershelfer. Was aber die Sozialdemokratie stets betont hat, das ist die Unmöglichkeit, durch Mittel wie Sparkassen oder Genossenschaften die Arbeiter zu befreien und in den Besitz ihrer eigenen Produktionsmittel zu setzen, sie zu ihren eigenen Unternehmern zu machen. Das aber haben jene Schönsäuber, deren Geschäft es ist, die Arbeiter einzulullen, stets behauptet. Die Sozialdemokratie hält es für höchst wünschenswert, daß jeder Arbeiter einen Groschen für die Zeiten der Not zurücklasse, aber sie betreibt, daß die Massen der Arbeiter nach ihrem Sparwillen aus ihrer Klasse heraus in eine höhere gesellschaftliche Stellung erheben kann.

Ähnlich liegt es mit der Behauptung, daß die Lage der deutschen Arbeiter eine viel bessere sein würde, wenn sie sich nicht der Sozialdemokratie angeschlossen hätten. Man weist zum Beweise dafür auf andere Länder hin, wo die Arbeiter mehr verdienen, trotzdem dort keine starke sozialdemokratische Bewegung existiert. Das ist ein Trugschluss, denn dort, wo die Sozialdemokratie und die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften am stärksten sind, steigen die Löhne am meisten, da hier politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Agitation zusammen wirken. Das ist auch sehr erklärbare, wenn man sich das Wesen der Sozialdemokratie vergegenwärtigt. Die Waffen, die dem Proletariat zum Kampfe gegen das Kapital zur Verfügung stehen, sind in allen Kulturländern dieselben und es wendet sie überall an, ob eine Sozialdemokratie dort besteht oder nicht. Überall gründet es Gewerkschaften, Konsumvereine, Produktionsgenossenschaften, nimmt es Teil an den Wahlen, um Vertreter seiner Interessen in die gesetzgebenden Körperschaften und die Gemeinderäte zu entsenden, da jeder nur an ihr begrenztes Gebiet, sie wirken nie zusammen und sie denken stets nur an das unmittelbarliegende. Alle Politik, alles gesellschaftliche Leben, das außerhalb der unmittelbarliegenden und engsten Arbeiterinteressen liegt, wird den Besitzenden überlassen, die die ganze Staatsmaschinerie in den Händen haben und die unmenschlichen Herrscher über das ganze Volk und führen des gesamten Volkes, die Arbeiter inbegriffen, bleiben, so daß sie mit den gelegentlichen Widerstandsversuchen einzelner Schichten der letzteren leicht fertig werden.

Ganz anders dort, wo die Sozialdemokratie auf das Proletariat Einfluß gewinnt. Was sie ihm bringt, das ist die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Aus den instinktiven Widerstandsversuchen der Proletarier macht sie einen planmäßigen Kampf, die zerplitteten Kräfte faßt sie zu einer gemeinsamen Armee zusammen, in der jede Waffengattung in ihrer Weise kämpft, die anderen unterstützt und mit ihnen dem gleichen Ziele zustrebt. Sie zeigt den Proletariern den Zusammenhang ihrer engeren Interessen mit den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, lehrt sie, auch diese verstehen und in sie selbständig eingreifen,

macht sie in der Presse, in den Parlamenten, in ihren internationalen Beziehungen unabhängig von der Wirtschaft der besitzenden Klassen. So sieht sie der Bourgeoisie, welche die Staatsgewalt und die öffentliche Meinung beherrscht, eine eigene öffentliche Meinung und eine eigene Partei entgegen, durch die jeder einzelne größere Kampf einer einzelnen Proletarierschicht um ihre Hebung zu einer Angelegenheit der ganzen Arbeiterschaft der Nation, ja aller Nationen wird.

So wie eine geschlossene, wohldisziplinierte und wohlbewaffnete Armee, die geführt ist von einem Generalstab, der die Kriegsgeschichte, das Kampfterrain, die eigenen und die feindlichen Kräfte genau kennt, und der die Offensive im geeigneten Moment zu ergreifen weiß, überlegen ist einem Landsturm, der sich mit eilig zusammengerafften Waffen gegen einen eindringenden Feind erhebt, wobei jeder Deichhausen für sich kämpft, sich auf die Verteidigung seiner Heimat beschränkt und die Waffen niedergelegt, wenn es ihm gelungen, den Angriff auf das beschränkte Gebiet abzuwehren, das er verteidigt, so ist das Proletariat dort, wo die Sozialdemokratie es organisiert, diszipliniert, aufmarschiert und mit allen Waffen des politischen und ökonomischen Kampfes versieht, demjenigen überlegen, dem dieses Mittel der Aufklärung und der planmäßigen Zusammensetzung seiner Kräfte fehlt.

Deshalb treten die modernen Gewerkschaften auch bei den Wahlen zu öffentlichen Körpern für die Sozialdemokratie ein, unbeschadet ihrer sonstigen Neutralität. Sie erkennen in der Sozialdemokratie ihre Bundesgenossen und Kampfgenossen. Militarismus und Nationalismus sind die unersättlichen Vampire, die dem Volke das Blut absaugen; die Zollpolitik schürt die große Masse des Volkes zu Gunsten einer Handvoll Großkapitalisten; die Reaktion auf politischem und religiösem Gebiete will das Volk in der Dunkelheit erhalten. Und wer bekämpft alle diese Bestrebungen? Einzig und allein die Sozialdemokratie. Wer tritt unentwegt und unablässig für die Interessen des arbeitenden Volkes ein! Einzig und allein die Sozialdemokratie.

Darum ist es die Ehrenpflicht eines jeden denkenden Arbeiters, am 16. Juni einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben und den Wahlgang zu einem glänzenden Siegertag zu machen.

Eine Zentralstelle für Arbeitsnachweise im Bädergewerbe.

In unserem Programm ist u. a. Die Regelung des Arbeitsnachweises und Herbergswesens als Punkt neben der Gestaltung besserer Arbeitsverhältnisse angeführt. So befürchte ich unser letzter Berichtstag in Gera des eingehenden unter Punkt 3 der Tagesordnung über „Unrechte Arbeitsermittlung.“ Warum wir in unserem Programm für besonders notwendig erachten, die bestehenden Ermittlungen in den Kurorten zu bekämpfen, ist zum Jo und Jo vielen Male im Haugem erläutert und mit Tatsachen erhabt worden. Da und dort sind auch durch die Organisierten Gewerkschaften beworben, ebenso von den Mitgliedern geleistete Arbeitsnachweise zum Wohle der Allgemeinheit einzuführen. Wir lernen einsehen, der Arbeiter hat nicht nur ein Recht, sondern auch ein Recht, den Wert der Arbeitsschafft auf bestmöglichsten Konsens zu stellen; das Angebot und die Nachfrage so zu regeln, daß das Eintreten derselben unter dem Slogan erreichten Lohnes entschlossen ist.

Die frische Kämpflichkeit, die ehemals im Spitzewesen der Kurorten vorherrschte, war dringend einer Beseitigung bedürftig. Die zur Vermittlung von Arbeitsträgeren tätigen Personen, meistens sehr zweifelhafter Charakters, waren der Bekämpfung mehr als zugänglich. Unserer Bewegung ist der Kampf zu zollen, daß dieser Augenschall mit seinen peinlichen Ausdrückungen gelöscht werde. Die Meistervereinigungen wollen aber unter keinen Umständen diese „Wohlbahns-Gerichtungen“ der Gehörigenheit überlassen, event. den in den letzten Jahren neuen Anfangnahme verzweigenden Städten. Kreisämtern angehören, vielmehr ist der Gedanke in diesen Verbänden verfestigt, die Arbeitsnachweise zu zentralisieren, welche in letzter Zeit verwirklicht wurde.

Darüber schreiben die Kurortenblätter:

„Die Vertreter des deutsches Bädergewerbes aus allen Teilen Deutschlands waren länglich in Berlin in der Germania-Zeile zusammengekommen, um zu einer für das ganze Gewerbe wichtigen Fragestellung zu richten. Es handelt sich um die Errichtung einer Zentralstelle für den Arbeitsnachweis, die vom Germania-Verband in Berlin und der Leitung des Freien Deutschen Bäderverbands in Dresden a. R. geleitet wird.“

Das gemeinsame Vororgehen beider Verbände in dieser Angelegenheit ist für uns nicht überraschend. Die letzten Berichtstage waren ihre Schritte vorwärts. Verfolgen wir die Rötz weiter, so lernen wir auch den Zweck dieser Zentralstelle kennen, der sich von dem der politischen oder juristischen Arbeitsnachweise um ganz Gewaltiges unterscheidet.

Der Zweck der Zentralstelle ist, die Regelung des Arbeitsnachweises im Germania-Kurorten gemäß § 104 Abs. 2 der Gewerbeordnung durch a) einkommens-Regelung des Verdienstes in allen Betriebsverhältnissen, b) Herbeiführung eines möglichsten Ausgleiches zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitsträgern unter den einzelnen Betriebsverhältnissen, c) finanzielle Bearbeitung aller einschlagenden Betriebsfälle, d) Unterstützung der Arbeitsnachweise, wie auch einzelner Betriebsvereinigungen und der Posten der Zentralstelle in Kürze besonders durch die Gejellenbewegung hervorgetretener dringender Bedürfnisse.“

Nach d. steht aus in die Märsche dieses Kongresses ein Punkt mit einer Zentralstelle für Arbeitsvermittlung, nicht mit Erhebungen von statistischen Materialien, mögl. zu Herbeiführung eines möglichsten Ausgleiches zwischen Angebot und Nachfrage haben wir es zu tun, sondern zu einer Zentralstelle zur Vermittlung von Stellvertretern, ins Leben gerufen von den beiden Meisterverbän-

den. Den auf solcher Basis entstehenden statistischen Erhebungen und Bearbeitungen über die Arbeitslosigkeit im Berufe messe wir im Voraus keine Bedeutung bei. Wir wissen sehr gut, daß bei solchen zweifelhaften Unternehmungen nur zugunsten der Beteiligten Verluste in die Gesellschaft kommen. Das zentralisierte Streifbrecher-Bureau wird seinen Mitgliedern wenig „durch die Gejellenbewegung hervorgetreten, dringender Bedürfnisse“ mit Bezugssquelle dieses lauteren Materials wird im Vorhersein der Verband der Meisterzölle, die uns zur Genüge als nicht die fleißigsten bekannt sind sein. Diese Zentralstelle hat noch nebenbei, wie unter Abs. 2 hervorgeht, die Verteilung des Streifbands an die Verbandsgenossen“ zu bewerkstelligen und ist bei Auszahlungen bis zu 300 M kompetent, darüber hinaus entscheidet der geschäftsführende Vorstand. Die Kosten für die Zentralstelle werden in der Weise aufgebracht, daß jeder Meister pro Jahr 10 M und ferner für jeden von ihm beschäftigten Gejellen und Lehrling ebenfalls 10 M in die Kasse zahlt. Diese Steuer wird einer Einnahme von mindestens 10.000 M jährlich gleichkommen, mit welcher Summe den Verbandsgejellen freiwollen, vom Zaune gebrochenen Streits“ ein für allemal ein Siegel vorgehoben wird.

Zum Schluß wird der Rötz folgendes angehängt: Die Zentralstelle, die von größter Bedeutung bei allen Streits und Lohnbewegungen im Gewerbe sein dürfte, wird voraussichtlich schon zum Herbst in Berlin in Wirklichkeit treten.

Es dünkt uns fast, als wenn diese Institution — die im gegenwärtigen Fieberpunsch zur Handwerkerneuleiicht — nur wegen eines etwaigen in Berlin zu befürchtenden Streits errichtet würde. Von preußischen Ministerium des Innern wurde entsprechend dem Handelsminister die Bedürfnisfrage derartiger Einrichtungen in einem auf Grund des Handwerkergesetzes bestehenden Zinnungsverbande verneint und betont, daß dieselben nicht berechtigt zum Zusammenschluß solcher Institutionen seien, wie dem Schneideverband seiner Zeit eröffnet wurde. Der ordnungstreue Zinnungsverein geht aber immer noch die Hoffnung, der vom Reichstag in dieser Angelegenheit eingenommene Standpunkt werde in Hülle einer Revision unterzogen. Die Berechtigung der Zinnungsverbände, die Regelung“ des Arbeitsnachweises vorzunehmen, ist im § 104 festgelegt, welcher u. A. besagt: „Sie sind befugt, den Arbeitsnachweis zu regeln, sowie Fachschulen zu errichten und zu unterstützen.“

Dieser Paragraph wird aber nur zum Scheine angezogen, um die wirklichen Absichten, die im Absatz d vorzufinden sind, verdecken zu können.

Das Nachsehen werden die in der Provinz etablierten Meister haben, welche die größten Kosten aufzubringen, nebst der an sie zur Versendung gelangenden gewissenhaften Ausführung der Fragebögen“. Im Übrigen können wir den maßgebenden Zinnungsstören die Sicherung geben, daß es ihnen niemals gelingen wird, die überzähligen Arbeitsträger durch Drohung oder Vorstiegung falscher Tatlagen in das Auslandsgebiet zu dirigieren. Uns erwächst hierunter die Pflicht, die abseits stehenden Kollegen so aufzuklären, daß diese Zentralstelle ein Arbeitsnachweis ohne Arbeitsträger wird. Die Meister sollen sich selbst gegenzeitig durch Arbeitseinstellung unterstützen, eine Arbeitslosenliste würde im Moment des „ausfließens“ nachhelfen. Dieses tolgelorene Kind, zu welchem die reaktionäre Vorde Rötz stand, ist nichts weiter als ein Ballast an den ärmeren Zinnungsanstalten, ist auch nicht im Stande, uns mir im Geringsten ir. Vorwürfe streben zu hindern. Der Tag der Vergeltung rückt immer näher, so bald auf, Land ab, die Unterdrückten eingedenk ihrer Macht den ganzen Blunder in den Dritten schändet! Sodoc.

Zum Kampfe um die Sonntagsruhe!

Meine Ausführungen in Nr. 19 unseres Fachblattes über die Bewegung gegen die Sonn- und Feiertagsarbeit im Rheinland scheinen in der Elberfelder Mitgliedschaft bei den Kollegen hohes Blut erzeugt zu haben, wie aus dem Bericht des derselben, gegen meine Ansicht front zu machen, daß die ganze Sache nur darauf hinausläuft, Verdriftung unter die Kollegen zu bringen und sie vom Eintritt in die Organisation abzuhalten, hervorgeht.

Kollege Gebauer-Elberfeld hat sich in seinem Artikel in Nr. 20 unserer Zeitung die Ansage gestellt, einmal „der Wahrheit gemäß“ zu berichten. Sehen wir einmal, wie der Kollege nach dieser Ansage entledigt hat!

Zunächst führt er uns eine unangebrachte Schilderung vom Delegiertentag der Bäder-Zimmerungen von Rheinland und Westfalen vor Augen, wo sich die Meister für Absehung der Sonntagsarbeit aussprachen, und meint, dies wäre der beste Service dafür, daß den Meistern doch daran gelegen, die Sonntagsarbeit abzuwöhnen. Es ist mir gar nicht eingefallen, dieses zu leugnen, für was kommt nur in Betracht, welche Motive hier möglicherweise sind.

Wir allein sei hier festgestellt, daß im Supplerland und speziell in Elberfeld vor Sonntagsarbeit im allgemeinen garnicht die Sache sein kann. Übermeister Hüttinghaus-Elberfeld betonte dies dann auch auf dem Delegiertentag, indem er erklärte, daß nur ein kleiner Bruchteil der Elberfelder Meister am Sonntag arbeite, doch sei nicht zu verkennen, daß die übrigen Meister dadurch erheblich geschädigt würden. Es ist daher kein Wunder, wenn sich die Mehrzahl der Elberfelder Meister für Absehung der Sonntagsarbeit begeistert, handelt es sich in der Hauptstadt ja darum, sich eine unliebhafte Konkurrenz vom Hause zu schaffen, und das ist ihr gutes Recht. Ob für die Gehälter ein Vorteil dabei herankommt, bleibt abzuwarten. Wenn man in dieser Beziehung die Stimme im Meisterlager studiert, kommt nun es uns garnicht verborgen, wenn wir der ganzen Geschichte mit Miztouren entgegensehen.

Glauben die Elberfelder Kollegen etwa, die Bädermeister geben so ohne weiteres eine Arbeitszeit von so und so viel Stunden jede Woche preis? Dieses würde ja das Verhalten derselben bis heute Lügen strafen!

Wird man es da nicht versuchen, uns den mühsam erlangten Marinarbeitstag zu vernichten? Haben die Elberfelder Kollegen die Vorgänge auf dem Berichtstag der Germania-Zimmerungen in Köln vergessen, wo der Obermeister Henkel-Schleswig, als er seinen Antrag gegen die Sonntagsarbeit begründete, einfach niedergeschlagen wurde? Herr Landtagsabgeordneter Landrichter Marx hatte daher Recht, als er sagte: „Man sollte sich bedenken, die Frage der Sonntagsruhe mit der Berechtigung des Maximalarbeitsstages zu verknüpfen.“ Dieses würde im Lager der Meister auf Rücksicht sorgen und der Sonntagsruhe das Grab bereiten. Ich glaube, wir nehmen am besten zu der Sache eine abwartende Stellung ein, wenigstens liegt bis jetzt kein Grund vor, einen Verbannnis auf die Arbeiterschönlichkeit unserer Meister an-

zustimmen, wie dies Kollege Gebauer tat. Sein Traum von guten Einvernehmen zwischen Meister und Gehülfen wird erst dann zur Wirklichkeit, wenn den letzteren eine menschenwürdige Lage geschaffen wird, und da ist Selbsthilfe vermöge unserer Organisation am Platze. Wir werden uns in unseren Bestrebungen nicht irre machen lassen. Wir sind uns unserer Kraft bewußt und werden immer geradeaus unserem Ziel entgegenmarschieren. Daz die gesagte Versammlung in Witten stattgefunden hat, ehe die Vorstände der Innungen Elberfeld-Witten mit der ganzen Sache an die Gesellschaft getreten sind, befragt nichts; es könnte uns vielmehr in unserem Verband bestärken, daß die Meister sich die Bewegung unter den Gehülfen, betr. der Abschaffung der Sonntagsarbeit, zu nutze gemacht haben, um einmal dem hier in Frage kommenden Publikum, welches, soweit es die Arbeiter betrifft, im Kappel politisch, sowie gewerkschaftlich ziemlich weit vorangeschritten ist, ein arbeiterfreundliches Gesicht zu zeigen. Darum, Kollegen, lebt klar Verbot Euch nicht auf fremde Kraft, werbet eifrig Anhänger für unsere gute Sache, damit wir so erstarren, daß wir unsere Forderungen mit Nachdruck vertreten können. Ein klassenbewußter Arbeiter bittet nicht, sondern fordert!

Arnold Hamer - Düsseldorf.

Aus unserem Berufe.

Friedrich Zimmermann, einer unserer besten und eifrigsten Mitglieder, im Jahre 1901 Vorsitzender unserer Mitgliedschaft Darmstadt, hat am 28. Mai ausgelitten von langjähriger schwerer Krankheit. Wir betrauen das zu frühe Dahinsiechen und den frühen Tod unseres ersten 28 Jahre alten wackeren Mitglieders! Sein Pflichteifer der Organisation gegenüber, in welchem er auch während seiner jahrzehnten schweren Krankheit nicht erschlagen, möge allen Mitgliedern ein leuchtendes Vorbild sein!

Ehre seinem Andenken!

In der Bäckerei Clausen in Rottenburg (Nordhessisch) ist eine tägliche Arbeitszeit von 13 bis 15 Stunden an der Tagesordnung. Von dem Maximalarbeitszeit scheint dieser lästige Bäckerbesitzer noch keine Ahnung zu haben! Aber auch in anderer Beziehung mangelt es bei ihm an den nötigen Kenntnissen der Gesetze, denn er läßt sich es nicht abgewöhnen, jedem Gejellen vierzehn Tage Lohn einzuhalten und zahlt alle vier Wochen den Lohn an die Arbeiter aus. — So lange sich die dort arbeitenden Kollegen solche Bevorzugung gefallen lassen, wird der Herr auch diese Moden beibehalten.

Bei im Bäckerei Meister L. Kerup in Flensburg arbeitete ein der deutschen Sprache nicht mächtiger Lönne, welcher auf das Verlangen nach Legitimationspapieren dem Meister sein Verbandsbuch übergab, was dieser nicht eher wieder zurückgab, als bis der Kollege die Stellung verließ. — Ein probates Mittel, die Kollegen von der Organisation fernzuhalten!

In der Bäckerei Friedrich in Flensburg ist ein Brotrog im Gebrauch, der invändig vollständig mit alter verhärteter Teigreste überzogen ist. Will der Gejelle den Rog einstricken und diese übelriechende Kruste be seitigen, dann ruft der Meister: „Rein, den Rog rögt Sie nicht austrocknen, denn der hat Löcher und dann läuft die Milch heraus!“ — In einem Eimer werden alte Backwaren und Teigobfälle aufgeweicht, um dann wieder dem Teig beigegeben zu werden. Diese Manipulation ist einer Fälschung von Nahrungsmitteln sehr ähnlich!

Die wahren Brotwucherer sind die Bäckergesellen. Es ist, so schreibt das eben erschienene agrarische kleine Wahl-Magazin, längst unüberleglich nachgewiesen, daß die Höhe des Brotgetreides weder von der Zollhöhe noch von der Preishöhe des Getreides entscheidend beeinflußt wird, daß vielmehr gestiegene Löhne der Bäckereiarbeiter, die verteuerten Wirkungen des Brotverkaufs in Wehl und die durch Bodenspekulation enorm gestiegenen Ladenmieten die wahren Ursachen sind für die im Verhältnis zum Getreidepreise unverhältnismäßig hohen Brotpreise.“

Zeigt weiß man wenigstens, warum die Mantuussel, Lechow, Arnim und Genossen gegen die Bäckereiverordnung Sturm gelassen sind. Es galt ja den Kampf gegen die Bäckergesellen, die Brotausbeuter und Brotwucherer! Soweit, sogen! aber, wenn der Zwischenhandel auch mit an der Schulde trägt, warum will man die proletarische Konkurrenzbewegung, die auf die Abschaltung des Zwischenhandels hinarbeitet, durch Steuern erdrosseln? Und warum lobt man gegen die Forderungen des Gemeindezialismus, der die Errichtung städtischer Bäckereien verlangt?

Und wenn schließlich, die durch Bodenspekulation enorm gestiegenen Ladenmieten“ mit auf die Anlagebank gelegt werden, so sei doch die bescheidene Anfrage gestattet, wer denn in den Gemeindekollegien die Bodenspekulation und das Hausagrarrium bekämpft? Eben die Partei, die die Kooperation zum „Objekt der Gesetzgebung“ machen wollen, die Sozialdemokratie.

Von den Profiten der Bäckerbesitzer ist in der agrarischen Kalkulation der Agrarier kein Wort zu lesen. Früher haben die Agrarier gelegentlich auch gegen die Bäckermeister den Vorwurf erhoben, daß sie das Brot verteuern. Das hat aber hohes Blut gemacht. Der Mittelstand soll ja gerettet werden und die Bäckereiinnung hat gesunde Hanse. Wenn nun noch die Zwischenhändler und die Hausagrarier zu Worte kommen, wirds schließlich niemand geweinen sein von den Herren, die einen guten Ross tragen.

Der Bäckergeselle ist das Karnickel! Er mästet sich, während der Majoratsherr hungert!

Jährlich eine Woche Ferien hat nun auch die Genossenschaftsbäckerei Gaarden bei Kiel durch Beschluss der Generalversammlung vom 5. Mai bewilligt. Dieses Entgegenkommen der Verwaltung wird jedenfalls unsere Kollegen bestreiten und nur zum Vorteil der Genossenschaft sein!

Die unausrottbare Unsitte, ein schlecht brennendes Feuer mit Petroleum anzufachen zu wollen, hat dem Leibing des Bäckermeisters Hohenstein in Wilhelms-hagen schweren Schaden gebracht. Als er Petroleum in den Backofen gab, schlug eine große Flamme sofort zurück und verbrannte ihn am Gesicht und am Oberkörper so schwer, daß er nach der Heilanstalt gebracht werden mußte. An dem Aufkommen des Verunglücks wird gezwifelt.

Das älteste Brot der Welt. Frischbadenes Brot ist als unverdaulich bekannt, je älter, desto gesünder soll es sein. Im Museum von Neapel sieht man wie die „Römer. R. Nach.“ schreiben, unter einem Glasfass einige Laib Brot, aus denen etwaige Mikroben verschwunden sind und die oft genug sein dürfen. Dies Brot wurde im August des Jahres 79 p. Chr. in Pompeji ge-

bauen. Mehr denn 18 Jahrhunderte sind vergangen, seit das Gebäude „heiß“ aus einem der eigentümlichsten Backöfen kam, die noch jetzt dort zu sehen sind. Auf einem der Brote ist noch deutlich der Stempel des Bäckers zu sehen. Frisch werden sie von Bäckern wohl einige Pfund gewogen haben. Heute sind sie vertrocknet und von schwarzer Farbe. Ihr Geldstück würde dem der Kohle gleichen. Von dem entsetzlichen Sommertag, an welchen der Besuch unter seiner Wache die blühende Stadt begrüßt, sind außer wertvolleren Reliquien auch andere frühere Erinnerungen der Nachwelt aufgehoben worden: karbonisiertes Fleisch. Höchst interessant ist eine Schale mit Wallnüssen, einige unbeschädigt, andere schon aufgebrochen. Obgleich verfault, kann man deutlich die Einschnitte und Nünzeln der Schalen und die Bildung der Kerne erkennen.

Gesundheitsliche Apfelsuchen aus der Bäckerei Busch in Hamburg beschäftigten am 15. Mai das Landgericht. Am letzten Neujahrstage wurden mehrere Personen nach dem Genuss von Apfelsuchen, die sie in dem Filialgeschäft des Bäckermeisters Julius Busch, Hamburgerstraße 120, gekauft hatten, von Unwohlsein befallen. Die stattgehabte Untersuchung ergab, daß die Apfelsuchen zum menschlichen Genuss ungeeignet waren. Wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgefeß wurden die beiden Verantwortlichen M. und K. angeklagt. Beide Mädchen wollen den Zustand der Apfelsuchen nicht bekannt haben; sie hätten das Gebäck aus dem Hauptgeschäft des Herrn Busch, An der Bürgerweide, bekommen und hätten selbst davon gegessen, ohne zuvor geworden zu sein. Der Sachverständige führt aus, daß der Genuss der von ihm untersuchten, aus dem Geschäft von Busch bezogenen Apfelsuchen gefährlich sei. Der penetrante Geruch der Apfelsuchen habe von verdorbenem Fett hergerührt. Mehrere Zeugen befinden, daß die Ware verdorben gewesen sei und daß die Verkäuferinnen sich geweigert hätten, die Sachen zurückzunehmen. Der Staatsanwalt führt ganz zutreffend aus, daß die Angeklagten nur zum Teil schuldig seien; sie hätten nur fahrlässig gehandelt, seien aber nicht für die Sünden anderer verantwortlich zu machen. In der Bäckerei hätte schon festgestellt werden müssen, ob die Ware genießbar sei. Aus diesen Gründen seien die Angeklagten wegen Fahrlässigkeit zu einer geringen Geldstrafe zu verurteilen. Der Verteidiger, Dr. Rosen, tritt für Freisprechung seiner Klientinnen ein, die sich nach keiner Richtung hin schuldig gemacht hätten. Das Gericht spricht die Angeklagten kostengünstig frei. In der Urteilsbegründung wird nur kurz ausgeführt, daß das Gericht sich nicht habe von der Schuld der Angeklagten überzeugen können.

Im Jahressbericht des Arbeitersektariats Kiel finden wir unsere Mitgliedschaft mit 64 Mitgliedern verzeichnet. Dieselbe trug 62.90 M. zu den Kosten des Sekretariats bei. 24 Kollegen und 1 Bäckerlehrling nahmen Stat und Hilfe des Sekretariats in Anspruch. Davon waren 23 organisiert.

Oberschlesisch e.s. Obgleich unsere Mitglieder in Oberschlesien seit Jahr und Tag nicht einmal in der Lage sind, eine Versammlung abhalten zu können, weil Innungsvereine und Behörden ihnen die Lokale abwendig machen, ist doch ihre Agitationsarbeit nicht erfolglos gewesen. Das beweist folgende Mitteilung aus dortigen bürgerlichen Blättern: „Freie Bäcker-Innung Königshütte. In der am 11. Mai stattgefundenen Vorstandssitzung wurde im Einverständnis mit den Vertretern der umliegenden Ortschaften, als: Bismarckhütte, Neu-Ober- und Niederdorf, Schwientochlowitz, Chorzow, Lipine und Biaśniki, um den gesetzlichen Bestimmungen gerecht zu werden, beschlossen, vom 1. Juni d. J. ab Hausbrot nur bis 12 Uhr mittags zum Bäcker anzunehmen. Durch einen Anschlag in den einzelnen Bäckereien wird dieses ebenfalls bekannt gemacht werden.“

Also nachdem die Bundesratsverordnung über den Maximalarbeitsstag bereits 7 Jahre in Kraft ist, denken die oberschlesischen Innungsmeister auch allmählich daran, Maßregeln zu treffen, um „den gesetzlichen Bestimmungen gerecht zu werden“. Sie würden auch heute noch nicht daran denken und von keiner Behörde dazu veranlaßt werden, wenn nicht unsere Mitglieder dafür gejagt hätten, der Öffentlichkeit zu unterbreiten, wie die Herren systematisch die Arbeiterschutzgesetze umgehen! Erst die Furcht vor den Gerichten und empfindlichen Strafen hat den oberschlesischen Ausbeutern den Maximalarbeitsstag in Erinnerung gebracht!

Der Bäckergehilfenverein „Einigkeit“ in Flensburg hielt am 27. Mai Versammlung ab, in der seitens des Altersseitlers Niessen folgendes berichtet wurde: Am 2. Mai habe er bei der der Zwangszinnung die Forderung auf je eine Freinacht an den drei hohen Festen eingereicht. Hierauf mußte der Gesellenausschuss in einer Innungssitzung diese Forderung begründen. Leider fehlten in dieser Versammlung zwei Mitglieder des Ausschusses, was scharf getadelt wurde. Als bei der Begründung der Forderung in der Meisterversammlung ein Mitglied des Ausschusses die Worte gebrauchte: „Wenn dieser Wunsch den Meistern nicht bewilligt wird, werden alle in den Verbund eintreten“, führten die Meister wie von der Tarantel gestochen von ihren Plätzen auf. Die Innung beschloß, sich in dieser Sache an die Regierung zu wenden, damit dieselbe die drei Freinächte gleichmäßig festlege. Heute hat der Innungsvorstand nun dem Gesellenausschuss berichtet, die Regierung habe erklärt, bis Pfingsten sei der Erfolg der Forderung nicht mehr möglich. Die Mehrzahl der Kollegen trauen diesen Ausführungen der Innungsmeister nicht und glauben, daß man sie nur beruhigen und vertrosteten will. Es ist auch notwendig, daß unsere Kollegen mit besonderer Vorsicht das Treiben der Innungsmeister in dieser Angelegenheit verfolgen! — In der vorhergehenden Versammlung hatte ein von den Meistern dazu bestimpter Denkschluß aufgestellt, den Vorständen unserer Mitgliedschaft Flensburg aus dem Verein auszuschließen, weil der selbe nicht mehr als Bäcker arbeite. Der Vorstand hatte damals schon den Ausschluß für unmöglich erklärt, denn die Statuten lauten:

S 2.

Mitgliedschaft.

1. Dem Verein beitreten kann jeder unbescholtene Bäcker und Konditorgehilfe, desselbe muß sich in Flensburg oder Umgegend aufzuhalten und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein.

2. Sodex sich zum Eintritt Erklärende hat sich beim Vorstand zu melden und zahlt bei Aufnahme als Eintrittsgeld 50 S., ferner an laufenden Beiträgen monatlich 50 S., welche im voraus zu zahlen sind.

S 4.

Berlust der Mitgliedschaft.

Aus dem Verein werden mit Berlust eines jeden Unrechtes Mitglieder ausgeschlossen:

1. durch freiwilligen Austritt;
2. solche, die sich durch ihr Verhalten mit dem Zwecke des Vereins in Widerspruch setzen;

3. solche, die mit der Entrichtung der laufenden Beiträge länger als 3 Monate im Rückstande bleibent und trotz einer schriftlichen Aufforderung des Kassierers, ihren Beitrag zu entrichten, nicht nachkommen sind. Ausnahmefälle sind nicht zulässig.

4. Anträge über Ausschließungen von Mitgliedern sind schriftlich beim Vorstand anzuzeigen. Es wird in der nächsten Versammlung darüber abgestimmt und entscheidet der Stimmettel einschließlich Majorität.

In der letzten Versammlung forderte unter Punkt „Beschiedenes“ Alsel nun das Mitglied, welches den Antrag gestellt hatte, auf, zu erklären, warum er sollte ausgeschlossen werden. Dieser melkte sich nun zum Worte und erklärte, er habe es bloß aus dem Grunde getan, weil er glaubte, Alsel wäre nun kein Bäcker, sondern würde etwas anderes betreiben. Auf dies hin verlangte Alsel nun vom Vorstand, die §§ 2 und 4 vorlesen zu wollen, was auch geschah, und nun sagte noch der Vorstand, daß es nun einmal soweit gekommen sei, daß eine Betriebs-Mitgliedschaft hier existiere und da könnten sie auch nichts dagegen tun und nun hoffte er, daß es niemals wieder eine Besprechung vom Verbande in ihrer Mitgliederversammlung geben dürfe. Wer nun dem Verbande beitreten wolle, sollte es tun! Mit diesen Worten schloß er die Versammlung.

In Straßburg i. E. wo durch die rührige Agitation einiger Verbandsmitglieder eine Mitgliedschaft errichtet ist, die allerdings mit recht großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um vorwärts zu kommen, wenden jetzt die Innungsmeister alle, auch die unlauteren Mittel an, um die Kollegen unter sich zu verheben. Da wird nicht nur die alberne These von dem „Meisterwerden“ den Kollegen seitens der Meister vorgegaufelt, nein auch die verschiedenen Nationalitäten unter den Kollegen sucht man mit allen Mitteln so zu verheben, daß Uneinigkeit und Zersplitterung an der Tagesordnung ist. Demgegenüber sind sich die Meister, einerlei ob französisch oder deutsch sprechend, stets untereinander einig und am meisten immer dann, wenn es sich um Bevormundung und Unterdrückung der Gehilfen handelt. — Kollegen! Bedenkt, daß diese Herren nur nach dem Grundsatz handeln: Je mehr die Gehilfen unter sich vereinigt sind, desto besser die Ausbeutung seitens der Meister blüht! Macht Euch endlich frei von der Bevormundung durch Eure Ausbeuter!

Der Verband der Brotfabrikanten Deutschlands hält am 24. und 25. Juni seine Generalversammlung in Hamburg ab.

Der Arbeiter hat unbefugter Weise in die Maschine gegriffen, das ist die ständige Begleitung bei Unglücksfällen mit der Netzmashine, wobei der Verunglückte Finger- oder Handquetschungen, oder auch den Verlust eines oder mehrerer Finger oder der ganzen Hand zu befürchten hat. — Was hat nun dieser Versuch, betr. Arbeitern die Schuldfall an ihren Unglücksfällen zuschieben zu wollen, für einen Wert? Bei der Hoffnung mit der in der Bäckerei gearbeitet werden muß, gönnt sich der Teigmacher an der Maschine nicht die Zeit, die Maschine zum Stillstand zu bringen, um erst dann durch Gefüllen des Teiges sich zu überzeugen, daß derselbe von der Maschine genügend verarbeitet ist, sondern er greift bei vollem Betrieb der Maschine in den Teig. Dadurch entstehen die meisten Unglücksfälle und diese werden nicht mit leeren Redensarten, sondern nur dadurch unmöglich gemacht, daß in unserer Kollegen überall die von der Unfallberufsgenossenschaft vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen für Netzmashinen verlangt werden.

Fachliste geschützter Erfindungen. Mitgeteilt vom Patentbüro Krüger u. Co, Dresden-Ulmar. Angemeldete Patente: 16.704. Vorrichtung zum Entfernen von Teigstücken. Ph. Rudolph Frey, Guntersblum, Rheinhessen. 16.054. Teigteilmashine mit mehreren Druckrollen und zwischen diesen durchtretenen Messern. Anton Lange, Düsseldorf, Bökerstr. 2. 31.931. Scheere zum Fünfschächeren von Brötchen. August Bornemann, Köln, Maibaumstr. 106. 10.235. Maschine zum Aufwickeln von flachen Teigsträngen. Albert Gürle, Stuttgart, Silberburgstr. 167. — Gebräuchsmuster: 197.895. Mit Rädern versehener Preßapparat zur Herstellung in Formen geprägter Backwaren. Heinrich Mankers, Krefeld, Kischelnerstraße 23. 198.077. Zugleich als Schuß- und Festhaltungsvorrichtung dienender, in Höhe verstellbarer Teigabstreicher für Teigwarenabschneidmaschinen. H. Seiher, Uslm a. D. 191.344. Bestreicher für Bäcker, mit Beizak aus Stahlrahmen, welche zu einem austauschbar im Besenholz befestigten Besenkörper verbunden sind. Waldemar Baezold, Samter i. Posen.

Die Gährungerscheinungen des Brotes sind seit den ältesten Zeiten bekannt, aber trocknißsachliche Vorschüngungen ist uns ihr Wesen lange verschlossen geblieben. Es spielen auch Bakterien eine entscheidende Rolle. Abschließende Untersuchungen sind von W. Holliger im landwirtschaftlich-bakteriologischen Laboratorium des Reichstechnikums in Zürich ausgeführt worden. Schon 1888 wurde festgestellt, daß ein Teig aus Wasser und Mehl nach einiger Zeit ausgeht und daß dies durch Bakterien veranlaßt wird, denen man später den Namen Bacillus levans beigelegt hat. Im Jahre 1890 wurden im Sauerzeug Bakterien entdeckt, welche Milchsäure bilden, aber über die Rolle, welche sie spielen, haben erst jetzt die Untersuchungen Holligers Licht vertrieben. Es bestätigt zunächst, daß in dem spontan gährenden Teig aus Mehl und Wasser der oben genannte Bacillus die Ursache des Auftreibens ist, daneben aber auch noch ein anderer Mikro-Organismus, der noch näher zu bestimmen ist.

Bei der durch Sauerteig oder Preßhefe veranlaßten Teigährengung spielen dagegen gasbildende Bakterien keine Rolle, das Auftreiben ist lediglich der durch die Hefe hervorgerufenen alkoholischen Gährung oder, anders ausgedrückt, der dabei entstehenden Kohlensäure zugeschrieben. Die in jedem Sauerteig in ungeheurem Maße vorhandenen Bakterien sind kräftige Milchsäurebakterien, welche die sonst bei Vermehrung des Teiges durch Mehl und Wasser zugeführten Bakterien rasch vernichten. Aufgenommen bleiben nur gewisse Bakterien, die selbst Milchsäurebildung sind. Sowohl im Sauerteig als im Preßhefeteig ist die Hefe das ausschließlich sauernde Agens, in beiden beginnt aber gleichzeitig mit Vermehrung der Hefe auch die Vermehrung der Milchsäurebakterien. Während die Hefe durch Entwicklung von Kohlensäure und Alkohol die Masse des Teiges lockert und das Volumen desselben vergrößert, sorgen die Milchsäurebakterien dafür, daß die alkoholische Gährung nicht von unangenehmen Nebengährungen begleitet wird, indem sie keine anderen Bakterien aufzulösen lassen.

Aus Prumburg. Wie die Bäckereiinnung die gesicherte Existenz der Arbeiter schaffen will, zeigt folgender Fall: Der Bäckergehilfe E. Bitting arbeitet seit einiger Zeit bei einem Innungsmeister. Am 2. Mai vormittags schied der betr. Meister seinen Haussdiener zur Konkurrenz,

lassen, um seinen Gesellen anzumelden. Raum hatte der Meister (der Innungsmeister Hartmann) die Meldung in der Hand, als er ein bedenkliches Gesicht machte und sich zu der Neuzeitung hinsetzen ließ: „Wie kommt denn Ihr Meister dazu, den Bitting in Arbeit zu nehmen?“ Hierauf verstand der Haussdiener keine Antwort zu geben. Als die Meldung erfolgte, wurde dem Meister folgendes Schreiben übergeben: „Herr Bäckermeister Schulz hier. Der Bäckergehilfe Bitting ist laut Innungsbeschuß von der Arbeitsstelle in Bromberg ausgeschlossen, welches ich Ihnen hiermit hiermit in Erinnerung bringe. H. Hartmann.“ — So wirds gemacht! Die Herren Bäckermeister können sich immer noch nicht beruhigen, daß es Bäckergehilfen gibt, die das Koalitionsrecht auch für sich beanspruchen!

Gehreide- und Brotpreise in Berlin nach den Zusammenstellungen des statistischen Amtes:

Jahr	Brotpreis pro 100 kg	Gewicht des Roggenmehl-fünfzig-pfennigbrotes pro 100 kg	Roggenpreis pro 100 kg
1886	20.30	2.40	17.91
1887	20.65	2.42	17.06
1888	21.22	2.36	18.90
1889	24.69	2.02	21.77
1890	27.18	1.84	23.45
1891	31.66	1.58	29.05
1892	29.52	1.70	23.97
1893	21.89	2.28	17.69
1894	20.43	2.45	15.47
1895	20.63	2.42	16.50
1896	20.93	2.39	16.30
1897	22.30	2.24	17.44
1898	25.15	1.99	20.12
1899	24.21	2.07	19.37
1900	23.96	2.09	19.31
1901	24.23	2.08	18.86
1902	24.21	2.07	19.61

Die Durchschnittspreise der bezeichneten Jahre sind in Prozent gegeben (+), gesunken (-):

Jahr	Roggenbrot	Roggen
1886 auf 1887	+ 0,72	+ 7,43
1887 " 1888	+ 2,76	+ 11,25
1888 " 1889	+ 16,35	+ 15,61
1889 " 1890	+ 10,09	+ 9,32
1890 " 1891	+ 16,48	+ 24,24
1891 " 1892	+ 6,76	+ 19,67
1892 " 1893	+ 25,85	+ 24,03
1893 " 1894	+ 6,67	+ 11,95
1894 " 1895	+ 0,98	+ 1,78
1895 " 1896	+ 1,45	+ 0,83
1896 " 1897	+ 6,55	+ 9,51
1897 " 1898	+ 12,78	+ 12,45
1898 " 1899	+ 3,74	+ 0,21
1899 " 1900	+ 1,03	+ 2,39
1900 " 1901	+ 1,13	+ 1,33
1901 " 1902	+ 0,08	+ 2,49

Sehr niedrige, ehrlose Gesinnung brachten einige christliche Bäckergehilfen in Freiburg i. Br. zum Ausdruck, indem sich dieselben folgendes schmückendes Denunziantenstücklein leisteten: An den Arbeitgeber eines Verbandskollegen, welcher letzterer ein 14-tägige Übung beim Militär zu absolvieren hatte, richteten die sauberer Helden in dieser Zeit folgende Karte: „Herr ... Wir teilen Ihnen mit, daß Sie einen Sozialdemokraten in Ihrem Geschäft haben. In Ihrem ersten Briefchen, was Ihnen jedermann sein wird. Einige Bäder, Freiburg.“ Der Meister zeigte unserem Kollegen die Karte und behielt ihn, mit dessen Arbeit er vollaus zufrieden ist, in Stellung. Der Herr war also anständig genug, solch schmückendem Denunziantenreich die nötige Würdigung angeleihen zu lassen! — Wenn das die geistigen Waffen der christlichen Brüder sind, dann ist ihre Sache aber sehr schlecht bestellt!

Weitere gemeldete Unfälle an Bäckereimashinen registriert der Brotfabrikant. Es sind dies folgende: Eine Verlegung am Daumen der rechten Hand durch Auffallen des Dedels der Teigmashine. Quetschung der rechten Hand durch das Rührwerk des Teigmengenbottichs. Stoß am linken Ellbogen beim Andrehen des Motors. Quetschung zweier Finger der rechten Hand durch unbefugtes Eindringen in die Netzmashine. Quetschung und Bruch des Mittelfingers an der rechten Hand an einer Teigmashine. Quetschung des Ringfingers der rechten Hand an einer Siebmashine. Das Blatt empfiehlt in einem längeren Artikel als Mittel, die Unfälle zu verhindern: „Die Arbeiter aufzulockern und zur Vorsicht zu ermahnen.“ Damit allein ist jedoch nichts getan, sondern man verfügt die Arbeitszeit auf

teile, denn wenn dasselbe weiß, daß an den betreffenden Tagen kein frisches Brot gebäckt wird, wird es sich am Tage vorher mit geeignetem Nachtrag versehen. Fänden wir einen hohen Stadtmaistrat erlaufen, in dieser An-gelegenheit die Bäckerinnung gutachlich zu vernehmen, seien wir einer Entscheidung entgegen."

In Elberfeld fand am 24. Mai unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Volkshaus statt. Der Vorsitzende forderte die anwesenden Kollegen auf, möglichst alle der Dresdener Bäcker-Krankenkasse beizutreten, die hier in Elberfeld bereits eine große Mitgliederzahl habe. Ebdann hielt Kollege Fischer einen Vortrag über "Wichtigen und Rechte eines organisierten Kollegen". Sein Vortrag galt hauptsächlich den in letzter Zeit der Mitgliedschaft zahlreich beigetretenen neuen Mitgliedern, die erst zum Verständnis der ganzen gewerkschaftlichen Entwicklung geführt werden müssen. Er streute in kurzen Zügen die Entwicklung der Gewerkschaften im allgemeinen und im besonderen die Abschneidung unseres Verbandes. Nur in denjenigen Städten seien bis jetzt Erfolge zu verzeichnen gewesen, wo die Kollegen ihre volle Wirkung getan hätten und mit aller Kraft dahin strebten, daß alle Kollegen am Ort organisiert seien. Dahin zu wirken, müsse auch ein jeder Elberfelder Verbandskollege sich bestreben, denn es läste dringend not, den hiesigen Verhältnissen das wohlverdiente Ende so bald als möglich zu bereiten. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Kollege Gebauer erfaßte jedoch den Kartellbericht und weist besonders auf den Wert hin, den das in Frage stehende Arbeiterssekretariat für uns habe. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, in 14 Tagen eine öffentliche Versammlung abzuhalten und am 20. Juni ein Vergnügen. Mit einem Appell, für beide Veranstaltungen gut zu agitieren, schloß Fischer die imposant verlaufene Versammlung.

In Hildesheim beschäftigte sich am 10. Mai die Versammlung mit der Frage: Wie stellen wir uns zu den Alsfelder Kollegen? Da auf der Versammlung zuvor dieser Punkt schon eine große erhitzte Debatte herborgerufen hatte, ging es auch heute nicht besser. Kollege Schreiber legte klar und deutlich auseinander, daß es doch besser sei, wenn die Mitglieder mit den Alsfelder Kollegen noch weiter zusammenarbeiten wollten. Der Antrag, Alsfeld fallen zu lassen, wurde retoor genommen und wurde Alsfeld einstimmig noch bei uns gelassen. Dann wurde über die Reise von und nach Alsfeld gebracht und folgendes festgestellt: Fede Ortschaft hält ihre Monats- sowie öffentliche Versammlungen unter sich ab. Doch zu jeder außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche alle halbe Jahr abgehalten wird, wird gegenseitig ein Mitglied gewählt, welches nach dem betreffenden Ort fährt, um der Versammlung beizuhören. Es wird an das betreffende Mitglied der Beitrag von 1.40 M. für die Fahrt verabfertigt. Auch über diesen Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte, wurde aber schließlich angenommen. Da der frühere Kassierer, Kollege Echard, seinen Posten nicht wieder annehmen wollte, wurde Kollege Beplat als Kassierer und als zweiter Kassier wurde Kollege Kunstorff gewählt. Koll. Schreiber versprach noch, nach seiner Rückkehr von Dresden über den Verbandsstag einen Vortrag zu halten und mahnte die Kollegen zur Einigkeit.

St. Johann-Saarbrücken. Trotz der sehr wichtigen Tagesordnung und der unermüdlichen Tätigkeit unserer arbeitslosen Kollegen bei Verteilung der Versammlungsmitteilungen war es nicht möglich, am 10. Mai die angekündigte öffentliche Versammlung abzuhalten zu können, obgleich andere Gegner im Geschäftsviertel persönlich ihr Unternehmen angegriffen hatten, aber dennoch lieber auf dem Exerzierplatz dem Herderverein nahegegangen sind, als dorthin, wo sich die ihnen seit Jahren für ihre Organisation unter dem schweren Druck ihrer Arbeitgeber kämpfenden Arbeitsbrüder zahlreich versammelt hatten. Dieser Umstand haben wir es zu verdanken, daß wir unsere öffentliche in eine Mitgliederversammlung umwandelten mochten. Diese treuen Kollegen haben uns aber durch ihre gemeinsame Kritik gezeigt, daß ihre Gegenaktion Verhandlungsfestigung genug geleistet. Man sollte es nicht glauben, daß es heutzutage noch Kollegen gibt, die mit derartigen verbrecherischen Mitteln vorgehen, um eine Organisation, die wir auf das gewünschte Volk der ganzen Arbeiterschaft bedacht ist, zu töten zu machen! Als der hiesige Sprechmeister vor der Zusammenkunft gewählt wurde, ohne daß dabei ein Gejellerwörter gesagt wurde, gefragt wurde, ob wir auch damit einverstanden sind, haben die Kollegen einstimmig dagegen protestiert, bis sie gehört haben, daß wir im "Kaisersaal" eine sehr gut besuchte Protestversammlung abgehalten haben, mit dem Thema: "Das neue Sprechwesen und seine Folgen." Da haben diese Herren aber sehr bald ungestraft und haben sich gegen uns gestellt und auf diesem Weg sind sie jetzt so weit gekommen, daß sie mit diesem verbitterten Patron (Sprechmeister) vom Meister zu Meister breiteln gegangen sind, wie es am letzten Freitag vorgekommen ist, wobei sie sich zu ihrem Ball über 100 M. zusammengetragen haben. So steht es auch hier mit dem Exerzierausflug. Da ist natürlich von einer Erholung kaum Rede. Seit dem Exerzierbiß, sondern nun angesehen hat, die zwei Verbandsmitglieder des betriebenen Zusammensetzung, was auch mit Hilfe der zurechtenden Gelehrten gelang, für eine Wahl noch nicht vorgesehen und vertritt der Geschäftsviertel die Stelle eines Ausschusses, mit dem Ziel, Gehalts- und Lohn- und sozialen Konditionen zu erhöhen. Diese Herren haben auch mit dem Zusammensetzung bezügl. St. Johann-Saarbrücken eine dreitägige Versammlung zu Hause gebracht, natürlich geht das nur im guten Einverständnis mit den Schülern. Solche Beispiele werden noch eine ganze Reihe angeschaut. Sie haben es auch nicht verkannt, in ihren Versammlungen in der gemeinsamen Sache über den Verband zu wettern. Aber trotz ihrer Gegenwart haben wir drei neue Mitglieder für unsere gerechte Sache gewonnen und sicher wird diesen neuen die sehr rege Debatte, welcher auch George Grünberg, Kartellvorsitzender, beilehnte, ega Grünberg in ihren Herzen sein, der sie so leicht nicht wieder verlieren werden. Derner wurde noch die Ausarbeitung eines Plakates sehr rege besprochen, wobei sich die Kollege mit aller Energie gegen diesen Punkt stellte. Eher wurde eine Resolution geschah, welche mit der Ausarbeitung desselben bedacht wurde. Die Versammlung nahm einen sehr guten Stand und wir können höchst froh sein, daß wir einen so guten Stand aller Mitglieder haben, welche ihre Pflicht in jeder Weise nach besten Kräften erfüllen.

Bleuerischer Grund. Zu der am 24. Mai im Augusteboden abgehaltenen öffentlichen Versammlung hielt Kollege Hechthoff-Berlin das Referat über: Siegen die heutigen Gewerbs- und Wirtschaftsverhältnisse im Interesse der Arbeiter? Nehmer mahlte, während er den Kollegen so recht die traurige Lage der Bäckergesellen geäußert, daß die Zeit des Kettnerwerdens schon lange dahin ist und daß durch die übergroße Lehrungszärtlichkeit

und Schleuderkonkurrenz der Meister der Mittelstand verdrängt wird. Er forderte die Kollegen auf, der Organisation beizutreten, um dadurch ihre Lage zu verbessern. In der Diskussion sprachen Schinnerling-Leipzig und Kahl-Dresden, sie appellierten mit fröhlichen Worten an die Kollegen und erklärten, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, für den Verband zu agitieren und fernstehende Kollegen über den Zweck und Nutzen, sowie über die Unterstützungen der Organisation aufzuklären. Im Gewerkschaftlichen wurde über verschiedene Großbetriebe gesprochen und wurde erklärt, daß die Arbeiter im Großbetrieb mit Recht bessere Löhne zu beanspruchen haben als in Kleinbetrieben.

Bäckerbewegung im Auslande.

Das österreichische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner Sitzung am 22. Mai mit einem Antrage bäckermeistersfreudlicher Abgeordneten, daß Gesetz über den Erholungstag im Bäckergewerbe zum Schaden der Arbeiter zu bestimmen. Der Handelsminister gab die Stellung der Regierung hierzu folgendermaßen fund: Die vom Abgeordneten Böhme besprochene Schwierigkeit der Sonntagsersatzruhe im Bäckergewerbe ist der Regierung bekannt und hat bereits den Gegenstand von Erhebungen gebildet. Nach dem geltenden Gesetz ist den Arbeitern, wenn sie am Sonntag mehr als drei Stunden beschäftigt werden, eine Erholung zu gewähren, für die drei Alternativen festgestellt sind, nämlich entweder 24 Stunden am darauffolgenden Sonntag oder an einem Freitag oder je eine sechsständige Ruhezeit an zwei Tagen der Woche. Bei der Wahl der letzteren Variante darf die Ruhezeit selbstverständlich nicht ausschließlich über vorwiegend auf jene Stunden verlegt werden, die sich ohnedies als eine Unterbrechung der Arbeitstätigkeit ergeben. Siede dieser drei Varianten begegnet beim Bäckergewerbe Schwierigkeiten, weil die Verwendung von Erholungsarbeiten, namentlich in den kleineren Betrieben außerhalb der Großstädte nicht gut ausführbar ist.

Es muß daran gedacht werden, für das Bäckergewerbe eine besondere Vorschrift — allerdings unter Bedachtnahme auf die geleglichen Anordnungen — bezüglich der Erholung zu schaffen. Da nun der Antrag des Abgeordneten Böhme mit diesen Anordnungen nicht im Einklang steht, könnte ich nicht empfehlen, die von ihm vorgeschlagene Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Hierzu tritt noch das formelle Bedenken, daß der Artikel V. zu dem der Abgeordnete einen Zusatz beantragt, überhaupt nicht in Verhandlung steht, der Artikel X ist aber nur auf die Handelsgewerbe bezichtet, daher nicht die geeignete Stelle für diese Regelung bildet, ferner, daß die vorgeschlagene Fassung imponiert nicht ganz klar ist, als „ein halber Werktag einen Zeitraum von zwölf, aber auch von sechs Stunden bedeuten kann“ endlich, weil die Regelung der Frage dem doch nicht einfach ist, sondern die Bedachtnahme auf die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse erheischt. Sollte das Haus — was im mir erlauben würde, angeregen — in Form einer Resolution die Regelung der Erholung für das Bäckergewerbe als wünschenswert bezeichnen, so würde die Regierung unverweilt die vorbereitenden Maßnahmen durchführen, um die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkte der vom Hause gegebenen Anregung, eventuell im administrativen Wege, zu lösen. Die Abgeordneten Schramm und Sjöström plädierten für die volle Sonntagsruhe. Abgeordneter Ritschl, ein echter Elberfelder, ist jedoch dafür, daß die vier Stunden auf sechs Stunden erhöht werden. Die Verhandlungen über diesen Verschlechterungsversuch dieses Arbeiterschutzes wurden hiermit abgebrochen, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden war.

Quittung.

In der Woche vom 25. bis 31. Mai gingen bei der Hauptpost folgende Briefe ein:

Für den Monat April: Mitgliedschaft Rudolstadt 9.20, Lüneburg 18.60, St. Johann-Saarbrücken 70.90, Cottbus 21.40, Celle 17.40, Hamburg 40.70 M.

Von den Einzelzählern der Hauptkasse: E. H. Dehne 3.20, H. G. Holzer 3.60, E. K. Herzberg 2.—, D. H. Dahlenbrück 8.80 M.

Für Annonce: T. H. Frankenhausen 3.60 M.
Dr. Friedmann, Hauptkassierer.

Anzeigen.

J. J. Gründer, Tau-Schr.-Institut
Hamburg-St. Pauli, Thalstraße 45, part. (Privathaus)
Großer Saal. Elegante Damen- und Herren-Zimmer.
Einziges Privat-Institut Hamburgs mit separaten
2-3-] Kursen für Bäcker.

Honorar mögig. Erfolg garantiert!
Unterricht zu jeder gew. Zeit göniglich ungeniert!

Zentralverkehr der Bäcker
Süddeutschlands

im Café „Zum römischen König“ Holzstr. 3, Stuttgart.

A. 1.20] Carl Sasila, Bäcker.

Sämtliche Münchner Bäckergeschäfte
treffen sich jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum
gemütlichen Kartell oder Billard-Partie im

A. 1.80

Café Wittelsbach, Herzog

Wilhelmstr. 32.

Bäcker-
Einkaufsquellen

Größte Auswahl in neuen und getragenen
Herrenkleidern, sowie Anfertigung nach
Mass zu bekannt billigsten und reellsten
Preisen.

J. H. Bloch,
München, Brunnstr. 3/0, vis-à-vis „Kreuzbräu.“

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Bäcker

Gewerliche Verwaltung Berlin.

Dienstag, 9. Juni, Nachmittags 8 Uhr;

Großj. Mitgliederversammlung

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11—12.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Stellungnahme zum Apothekenbojkott. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

A. 4.20]

Die örtliche Verwaltung.

Nachruf!

Am 28. Mai verschied unser treues Mitglied und früherer Vorsitzender

Friedr. Zimmermann

im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit. Wir werden unserem tapferen Kämpfer stets ein ehrendes Andenken bewahren!

M. 2.80]

Mitgliedschaft Darmstadt.

Versammlungs-Anzeiger.

Altenburg. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 11. Juni, im „Schwarzen Adler“, Kesselfasse.

Altona. (Großbäcker). Mitgl.-Berl. Sonnabend, 13. Juni,

Abends 7½ Uhr, bei Ebler, gr. Bergstr. 136.

Bad Reichenhall. Mitgl.-Berl. Dienstag, 9. Juni,

Nachm. 3 Uhr, in der „Blauen Traube.“

Bergedorf. Mitgl.-Berl. Sonntag, 14. Juni, Nachm.

3½ Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.

Brandenburg. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

3½ Uhr, bei Wilh. Otto, Sieberstr. 10.

Braunschweig. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, im „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.

Berlin. Diskutierstunde jeden 1. Donnerstag i. Monat

Nachm. 2½ U., i. Abstinenzheim, N. Schönhauserstr. 12.

Berlin. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 11. Juni, Nachm.

3 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11—12.

Breslau. Jeden Dienstag 3½—5 Uhr, Diskutierclub

im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 3.

Bügel. Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieder-

Berl. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume,

Schwanengasse, bei der alten Rheinbrücke.

Bromberg. Mitgl.-Berl. Dienstag, 16. Juni, Nachm.

3 Uhr, im „Tivoli“, Thalkirche.

Bremen. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachmittags

3½ Uhr, bei Weigel, Ansgariorstr. 12.

Bremervörde. Mitgl.-Berl. Versammlung Donnerstag, den

11. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasth. z. Eiche, Langestr. 14

Cassel. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 11. Juni, Nachmittags

4 Uhr, bei Hartmann, Schäfergasse 14.

Crimmitschan. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

3 Uhr, in der „Centralherberge“.

Dortmund. Mitgl.-Berl. Sonntag, 14. Juni, Nachm.

4 Uhr, bei Heul, Riemerskirche.

Düsseldorf. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

4½ Uhr, bei Herrn Bass, Breitestr.

Dresden. Diskutierstunden finden statt jeden Dienstag

Nachmittag 3 Uhr, im Restaurant zur Klosterkirche

und im Restaurant zur Vorle in Pieschen, Leipzigerstr.

Darmstadt. Oeffentl. Berl. Sonntag, 7. Juni, Nachm.

4 Uhr zur Altstadt, Schulzengasse 3. (Ref.: Bietschmann-Dresden).

Darmstadt. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 18. Juni, im

Vorle zur Altstadt, Schulzengasse 3.

Elberfeld. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Vorm.

11 Uhr, im „Volkshaus“, Hochstr. 82.

Essen a. d. Ruhr. Mitgl.-Berl. Sonntag, 7. Juni, Nach-

mittags 5 Uhr, in der „Russia“.

Flensburg. Mitgl.-Berl. Dienstag, 16. Juni, Nachm.

4 Uhr, in der Norderthorbierhalle, Norderstr. 149.

Flensburg. Oeffentl. Berl. Dienstag, 9. Juni, Nachm.

3 Uhr, in der Norderthorbierhalle, Norderstr. 149.

(Referent: Allmann-Hamburg.)

Gießen-Wetzlar. Mitgl.-Berl. Mittwoch, 10. Juni, im

Wiener Hof, Johanniskirch.

Hannover. Oeffentl. Berl. Donnerstag

Arbeiterschutzpolitik im deutschen Reichstag.

—eh. Neben obiges Thema referierte in einer von circa 800 Kollegen besuchten öffentlichen Versammlung der Reichstagkandidat und Landtagsabgeordnete G. v. Vollmar am 27. Mai im Gabelsbergerkeller in München. Wenn wir die Ausführungen v. Vollmar in etwas mehr ausführlicherer Weise, wie irgend einen anderen Versammlungsbericht an dieser Stelle bringen, so soll dieses deshalb geschehen, weil wir gerade vor den Wahlen zum Reichstag stehen und es dabei von Interesse ist für jeden Arbeiter, daß sozialpolitische Wirken der verschiedenen Parteien, die im Reichstag vertreten sind, in den verschlossenen Sessionsdeßelben kennen zu lernen. Und, dieses sozialpolitische Wirken der bürgerlichen Parteien kennzeichnete v. Vollmar in ebenso ausführlicher wie mitunter recht drastischer Weise. Er führte aus:

„Wir befinden uns gegenwärtig in einer sehr bewegten Zeit, in der Zeit nämlich vor den Reichstagswahlen. Da wird sehr viel von Politik gesprochen, am meisten aber wird dabei gerade das Wort „Sozialpolitik“ gebraucht. Die Wähler zum Reichstag, wenn es ihnen nur einigermaßen um ihre höchste und heiligste Pflicht zu tun ist, haben zunächst eine andere Pflicht zu erfüllen und das ist das Prüfen desjenigen Kandidaten, dem man keine Stimme geben will. Für den Arbeiter kommt es bei dieser Prüfung hauptsächlich darauf an, diejenigen auf ihre sozialpolitische Tätigkeit zu prüfen. Da leistet natürlich jetzt vor den Wahlen jede Partei das meiste, nur die Sozialdemokratie leistet nichts, nach den Behauptungen der bürgerlichen Parteien wenigstens. Das Zentrum sagt: Wenn das Zentrum nicht im Reichstag wäre, hätte man in Deutschland überhaupt keine sozialpolitischen Gesetze. Alles, was bisher an Arbeiterversicherung und Arbeiterchutz in Deutschland geschaffen wurde, ist nur vom Zentrum geschaffen worden. Die Sozialdemokraten haben immer gegen solche Gesetze gestimmt usw. Die National liberalen sagen natürlich dasselbe, nur gehen sie noch etwas weiter und sagen: Die Sozialdemokraten haben deshalb gegen diese Gesetze gestimmt, weil ihnen eben dann der Agitationssstoff ausginge würde. Also nicht die Sozialdemokraten haben in Deutschland die Sozialpolitik in Fluss gebracht, sagen die bürgerlichen Parteien. Da ist denn doch nötig, daß wir uns einmal in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik ein wenig umsehen, ob das auch wirklich wahr ist. Was ist denn eigentlich die Triebfeder der Sozialpolitik? Die Triebfeder derselben ist einzig und allein die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie! So lange es in Deutschland keine Arbeiterbewegung, also auch keine Sozialdemokraten gab, wurde auch keine Sozialpolitik getrieben. Die Zentrums partei behauptet, sie hätte den ersten sozialpolitischen Antrag im Reichstage eingebracht. Richtig ist, daß ihr damaliger Abgeordneter Graf v. Gahlen im Jahre 1877 einen solchen einbrachte, der aber so allgemein gehalten war, daß er als solcher überhaupt nicht in Betracht kommen konnte. Dieser Antrag sagte nämlich nur, die Regierung solle Sozialpolitik treiben. Das einzige, was durch diesen Antrag für die Arbeiter herausgekommen wäre, das wäre die Einschränkung der Freizügigkeit. Leider vergißt aber die Zentrums partei bei dieser Behauptung, daß schon fünf Jahre vor Einführung dieses Antrages der konservative Schweizer, also im Jahre 1868, einen sozialpolitischen Antrag einbrachte, der unter anderen für die Arbeiter vorteilhaftesten Bestimmungen auch den gesetzlichen Normalarbeits tag eingeführt wissen wollte. Für diesen Antrag konnten aber im Reichstage nicht einmal sieben Stimmen aufgebracht werden; so stark waren damals die bürgerlichen Parteien sozialpolitisch veranlagt. Er konnte also nicht einmal zur Beratung kommen.

Nicht die Regierung hat uns in Deutschland die Sozialpolitik gegeben, auch nicht die bürgerlichen Parteien, wie sie auch nicht freiwillig gekommen ist. Das bei uns Sozialpolitik getrieben wird, das haben wir nur den Sozialdemokraten zu verdanken. Wer darüber im Zweifel ist, der lese die Parlamentsberichte von früher durch, namentlich einen solchen einer preußischen Landtagssitzung vom Jahre 1884, wo der größte Feind der Sozialdemokratie erklärte: „Hätten wir in Deutschland keine Sozialdemokraten, dann hätten wir auch keine Sozialpolitik!“

Was ist nun bisher in Deutschland auf sozialpolitischem Gebiet geschieft worden? Es heißt, daß wir Deutsche an der Spitze der Sozialreform marschierten. Das ist nicht ganz richtig. In Bezug auf Arbeiterversicherung stehen wir allerdings allen anderen Ländern voran; was jedoch die Arbeiterchutzgesetzgebung anbelangt, sind andere Länder in dieser Beziehung Deutschland weit voraus. Da haben wir zunächst das Invalidenversicherungsgesetz. Gegen diesen Gesetz haben wir im Reichstage ursprünglich gestimmt, obwohl wir im Prinzip für ein solches sind und auch damals schon waren. Sie kennen ja dieses Gesetz, Sie kennen auch dessen Unzulänglichkeit, Lückenhaftigkeit und wohl auch die Scheerereien, die damit verbunden sind bei einer Anmeldung zur Rente. Es ist ja zwar bis heute vieles an diesem Gesetz verbessert worden und erst in der letzten Session haben wir selbst für die Umländerung derselben gestimmt, aus dem Grunde, weil eben doch die Verbesserungen die Ver schlechterung überwogen haben. Aber wie gesagt, die Arbeiterversicherungsgesetze, alle, auch das Rentenversicherungsgesetz, wie sie uns im Reichstage vorgelegt wurden, waren von Haus aus so lückenhaft, so unvollkommen, daß wir uns einfach sagen mußten, für diese können wir doch nicht stimmen als Arbeitgebervertreter. Alle unsere Verbesserungsanträge hierzu, wurden einfach abgelehnt; folglich stimmten wir auch immer gleich gegen das ganze Gesetz. Hätten wir dafür gestimmt, dann hätte man höchstens, wenn wir später einmal solche Gesetze in entsprechender Weise kritisiert hätten, uns entgegen gehalten: Ja, Ihr Sozialdemokraten habt ja selbst für das Gesetz gestimmt. Und die Arbeiter würden uns einfach sagen: Wir haben genug von Euch, wir wählen uns andere Vertreter in den Reichstag und mit Recht. Wie war es denn mit dem Kranken Versicherungsgesetz? Bei der ursprünglichen Beratung derselben wurden alle unsere Verbesserungsanträge abgelehnt und heute macht sich sogar die Regierung unsere damaligen Anträge zu eigen. Ich will dies nur an einem Beispiel zeigen. Kurz vor Reichstagschluss, wie Sie vielleicht wissen, haben wir noch die Kranken Versicherungsnovelle erledigt. Auch gegen diese hätten wir gestimmt, weil unter anderen Verschlechterungen auch den Krankenkassen das Selbstverwaltungsrecht genommen worden wäre. Allerdings wurde das letztere bereitstellt dadurch nämlich, weil der Reichstag nicht beschlußfähig war. Nebenbei soll nur bemerk sein, daß gerade unter allen bürgerlichen Parteien, die Zentrums partei es war, die für diesen Arbeiterent-

rechtsgesetz eingetreten ist. Nun aber dieser Staub an der Arbeiterklasse nicht gelungen ist, haben auch wir für die Novelle gestimmt. Die Verbesserungen haben auch, da wieder die Verschlechterungen überwogen, die 20jährige Unterstützungs dauer wurde eingeführt und zugleich bestimmt daß neue Gesetze, daß auch die Geschlechtsfraktionen unterstützt werden müssen. Als wir Sozialdemokraten früher forderten, daß auch Geschlechtsfraktionen unterstützt werden sollen, hat man uns von Seiten der bürgerlichen Parteien und auch von der Regierung zugewiesen: Ja, die Sozi, die die Ehe abschaffen und die Familie zerstören wollen usw., das glauben wir gern, daß diese auch den schlechten Kerlen, den Geschlechtsfraktionen, helfen wollen. Stein hat es geheißen, das gibt es nicht. Wir sind tatsächlich zuständig, daß wir endlich mal den bürgerlichen Parteien schimpfen auf die Regierung ein, wenn diese in nur ganz harmlosen Dingen mit den Gewerkschaften in amtlichem Verkehr tritt. Die Rechte der Gewerkschaften müssen erweitert werden, sie müssen auch bauen und produzieren dürfen.

Wie steht es nun aber mit dem Arbeiterschutz? Ich habe gesagt, daß wir in Bezug auf diesem gegenüber anderen Ländern hinten dran stehen. Es ist allerdings in der letzten Reichstagsession viel in dieser Hinsicht gesprochen, aber immer nichts Ganzes, u. a. ist da von Bedeutung die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Wenn auch an diesen Gesetzen nicht viel ist, was man wirklichen Arbeiterschutz nennen könnte, so haben wir Sozialdemokraten doch dafür gestimmt, weil eben doch dadurch das Prinzip der Arbeiterschutzgesetzgebung einmal festgelegt ist, und wenn diese Gesetze dann noch weiter ausgebaut werden, immerhin nicht unwesentliche Vorteile und Nutzen für die Arbeiterklasse dabei erwacht.

Neben dem Koalitionsrecht ist vor allem für die Arbeiterchaft von hoher Wichtigkeit der Normalarbeits tag, was auch die Arbeiter schon längst selbst erkannt haben. Die Forderung auf gesetzliche Einführung derselben haben wir schon oft gestellt, aber immer ohne Erfolg. Sie haben ja den Normalarbeits tag im Bäckereigewerbe, zwar nicht gelegentlich, sondern durch eine Verordnung. Wer ist davon schuld, daß Sie diesen haben? Mein Freund und Fraktionsgenosse Bebel war es, der seinen Namen und seine Stellung eingelegt hat dafür; Bebel war es, der die schauderhaften Mißstände in Ihrem Gewerbe aufdeckte und dadurch die Regierung veranlaßte, eine solche Verordnung zu erlassen. Gerade der Kampf gegen diese Verordnung zeigt so recht das sozialpolitische Denken und Wirken namentlich der bürgerlichen Parteien.

Als Bebel die Mißstände im Bäckergewerbe der Deutlichkeit über gab, hat es von allen Seiten geheißen: Der Herr gehört ins Zuchthaus, ins Narrenhaus u. s. f., und als dann gar die Bundesratsverordnung erlassen wurde, da kannte die Welt der bürgerlichen Parteien wie der Bäckermeister keine Grenzen mehr. Eine Flut von Schmähchriften wurde gegen Bebel erlassen. Der Arbeitgeber muß Herr im eigenen Hause bleiben, hat es geheißen. Dass namentlich die Bäckermeister über Bebel herfielen, ist leicht begreiflich. Sie sind zum großen Teil in ihren Anschaunungen sehr konservativ und der Dreck in der Bäckstube galt ihnen als ein Heiligtum.

Je dicker dieser Dreck nur war, desto größer war auch das Heiligtum, das war aber schon beim Großvater so, auch beim Vater und in Zukunft muss es auch so bleiben. Der nationalliberale Abg. Schwarz von München-L war selbstverständlich der reaktionären im Kampf gegen den Maximalarbeits tag. Er hat erklärt: Das Bäckergewerbe kann ohne eine 16- und 18stündige Arbeitszeit nicht existieren! Glauben Sie ja nicht, daß Ihnen der Maximalarbeits tag schon ganz sicher ist. Wenn auch der Sturm gegen denselben in letzter Zeit ein wenig nachgelassen hat — die bürgerlichen Parteien haben sich in letzter Zeit zu viel mit Raubpolitik beschäftigen müssen — so steht immer noch zu erwarten, daß der selbe namentlich bei einer zukünftigen reaktionäreren Zusammensetzung des Reichstags über Nacht verschwinden kann. Die Mittelstands politik — und diese treiben alle bürgerlichen Parteien — geht dahin, daß der Arbeitgeber Herr im Hause bleibt. Vom Zentrum will ich gar nicht mehr reden, sondern Ihnen nur einen Passus aus einem liberalen Augblatt aus unserer letzten Landtagswahlzeit verlesen. Da heißt es: „Wer Herr im eigenen Hause bleiben will, der wähle liberal.“ Wer so denkt, der kennt ja nicht einmal die Anfangsgründe des sozialpolitischen Denkens. Aber trotzdem treiben diese Parteien Sozialpolitik. Was ist denn eigentlich Sozialpolitik?

Sozialpolitik treiben heißt: Den wirtschaftlich Schwachen gegen den wirtschaftlich Starke schützen, d. h. denjenigen, der nichts hat als seine Arbeitskraft schützen gegen die bessigende Klasse, daß ihm seine Arbeitskraft nicht zu früh genommen wird. Aber das wollen diese Parteien nicht und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil in jeder Partei, ob liberal oder Zentrum, das sogenannte Schriftmachertum vertreten ist.

Diese Leute treiben tatsächlich nur alle 5 Jahre Sozialpolitik, immer nur vor den Reichstagswahlen. Da verspricht jede Partei den Arbeitern das Blaue vom Himmel, und wenn es wirklich aufs Reden ankäme, dann hätten wir schon so viel in Arbeiterchutzgesetzen, daß wir eigentlich gar nichts mehr brauchten. Ich aber sage Ihnen: „Jedem denkenden Wähler sind nicht die Reden einer Partei maßgebend, sondern die Taten derselben und der Geist, der in derselben herrscht!“

Wenn wir uns aber in den bürgerlichen Parteien ein wenig umsehen, da finden wir höchst sonderbare sozialpolitische Taten und einen noch merkwürdigeren sozialpolitischen Geist. Jedes einzelne Mitglied oder Anhänger dieser Parteien, welche eben auameist Arbeitgeber sind, verhalten sich nicht nur ablehnend gegen die vernünftigsten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete, sondern sie befämpfen dieselben sogar auf das allerentchiedenste und mitunter mit den verwerflichsten Mitteln!

Noch eine ganz besonders große sozialpolitische Tat der Zentrums partei im bayerischen Landtag möchte ich Ihnen in Gedächtnis rufen. Als für die Bergarbeiter der Richtstundentag eingebracht werden sollte, hat in der Kammer auch das Zentrum für denselben gestimmt. Die Reichsratskammer hat ihn dann wieder abgelehnt und als der Abstundentags-Gesetzentwurf noch einmal an den Landtag zurückkam, stimmte auch das Zentrum dagegen. Eine Petition christlicher Arbeiter hat das Zentrum gar nicht erst vertreten wollen und diese christlichen Arbeiter haben dann die Sozialdemokraten vertreten müssen. Eine Petition der christlichen Tertiärarbeiterorganisation wurde in der Weise abgelehnt vom Zentrum, indem es beantragte, diese Petition solle an die Regierung als Material zur Sozialgesetzgebung hinübergegeben werden. So treiben also diese Parteien und namentlich das Zentrum Sozialpolitik.

Was haben wir denn eigentlich für sozialpolitische Forderungen an den Staat?

Neben dem Normalarbeits tag, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und Abschaffung der Nacharbeit ist eine unserer Hauptforderung: Einführung der Arbeiterkammern und Anerkennung der Gewerkschaften. Wir haben Handelskammern, Gewerbekammern usw., nur keine Arbeiterkammern. Alle Korporationen von Arbeitgebern, Anningen sowohl wie Fabrikantenviereine werden um ihre Meinung befragt, wenn irgend ein Gesetz gemacht wird, nur die Arbeiter fragt man nicht. Nicht einmal bei Ausarbeitung des Zolltarifes hat man die Arbeiter gefragt. Alle bürgerlichen Parteien schimpfen auf die Regierung ein, wenn diese in nur ganz harmlosen Dingen mit den Gewerkschaften in amtlichem Verkehr tritt. Die Rechte der Gewerkschaften müssen erweitert werden, sie müssen auch bauen und produzieren dürfen.

Nun zum Koalitionsrecht. Alle Parteien sagen: „Das Koalitionsrecht darf nicht angefochten werden.“ Wenn es ihnen auch damit wirklich ernst wäre, dann sagen sie es wohl deshalb, weil sie selbst von der Einsicht durchdrungen sind, daß unser Koalitionsrecht in Deutschland so schon das rückständigste aller dieser ist. Aber es ist keiner Partei eins um das Koalitionsrecht. Wenn sie es auch vor fünf Jahren durch Ablehnung der Zuchthausvorlage nicht genommen haben, so sind nicht diese Parteien schuld, daß wir noch ein Koalitionsrecht haben, sondern die Sozialdemokraten und zum großen Teil die christlichen organisierten Arbeiter, die leider immer noch dem Zentrum Gefolgschaft leisten. Wie namentlich die Zentrums partei dieses wichtige Arbeiterrecht respektiert, ersehen wir ja daraus, daß viele Zentrumsblätter heute noch keinen organisierten und konsistenten Buchdrucker beschäftigen. Ein von christlich organisierten Arbeitern von Düsseldorf aus verbreitetes Augblatt wendet sich in energetischer Weise gegen das Zentrum.

Ein katholischer Arbeiter-Vereinspräsident hat sogar christlichen Arbeitern den Saal verweigert zur Abhaltung einer Versammlung, und als im vorigen Jahr der preußische Eisenbahnaminister Budde ungefähr 130 000 Eisenbahner das Koalitionsrecht nahm, hat ihn das Zentrum sogar gelobt, indem es sagte: Ganz gut und recht so, der Minister hat ganz Recht, wenn er Herr in seinem Hause sein will.

Durch diese ministerielle Verfügung ist aber den Bediensteten nicht nur das Recht der gewerkschaftlichen Koalition genommen, sie dürfen sich auch keinem Konjunktionsverein anschließen. Glauben Sie aber ja nicht, daß nur das preußische Zentrum so reaktionär ist, auch das bayerische ist nicht viel besser. Als vor einiger Zeit ein bayerischer Eisenbahnaministert sich freundlich über den Schweinfurter Eisenbahnerverband aussprach, hat ihn sofort die gesamte Zentrums presse öffentlich an den Pranger gestellt und ihn gewissermaßen demontiert. Es ist noch lange nicht damit abgetan, wenn ein Kandidat der bürgerlichen Parteien sagt: Ich will haben, daß das Koalitionsrecht weiter besteht. Mein, Unser Koalitionsrecht muß auch ausgedehnt werden auf die Landarbeiter, wie das bereits in anderen Ländern gegehrt ist. Das Koalitionsrecht muß weiter geschützt werden. Was nützt es denn, wenn uns der Staat dieses gibt und jeder zbeliebige Huber oder Maier kann daselbe wieder umstoßen, indem er einen solchen Arbeiter, der sich organisiert, einfach aufs Pfosten wirkt. Also, auch Schutz dem Koalitionsrecht von Gelegewegen.

Ich habe gesagt: Unsere Arbeiterversicherung ist eine lückenlose. Eine Hauptlücke in dieser ist namentlich die, daß wir noch immer keine Arbeitslosenversicherung haben, trotzdem wir sie immer und immer wieder fordern. Auch die müssen wir noch bekommen vom Staat, ebenso eine Witwen- und Waisenversorgung. Weil ich gerade bei dieser bin, so will ich Ihnen gleich an einem Beispiel aus neuester Zeit zeigen, wie die bürgerlichen Parteien Sozialpolitik treiben, wobei natürlich wieder die Zentrums partei der treibende Heil ist. Diese Partei sagt selbst, daß die Witwen- und Waisenversorgung ihr Verdienst sei. Was hat es nun eigentlich mit diesem Zentrumsverdienst großartiges auf sich? Als man daran ging, den Zolltarif auszuarbeiten, hat es geheißen: Das neue Zollgesetz wird jährlich 120 Millionen Mark ab; die Arbeitgeber haben dann noch 120 Millionen an Beiträgen zu zahlen und aus dieser Summe kann der Staat dann einer Arbeiterwitwe jährlich 100 M und für jedes Kind 33 1/3 M geben. So hat es eine Zeit lang geheißen. Später dann, als der Zolltarif angenommen war, rückt man heraus, daß auf jede Witwe nur 30 M und auf jedes Kind 9 M pro Jahr trifft. Nun liegt aber die Sache noch weit schlimmer, wenn wir nicht gerade sagen wollen, sie friegen gar nichts. Der Schreiber des schon erwähnten christlichen Arbeiterfliegblattes aus Düsseldorf hat ausgerechnet, daß erst jeder Arbeiter durch das Zollgesetz 1 M zahlen muß, wenn seine Frau und Kinder einmal 20 M bekommen, im Falle daß er stirbt. Und diese Rechnung stimmt. Noch an einem Beispiel möchte ich Ihnen, bevor ich Schluss mache, zeigen, wie das Zentrum Sozialpolitik treibt. Es war kurz vor Schluss des Reichstages, da stand ein Gesetzentwurf zur Beratung, wonach die Phosphorzündholzfabrikation verboten werden sollte. Die Arbeitnehmer und Arbeiter in diesen Fabriken erkranken sehr häufig an der sogenannten Phosphornerrose, eine Krankheit, die als eine der gefährlichsten bezeichnet werden muß, weil dabei dem Kranken das Zahnschleiß, ja sogar der Unterkiefer wegfaßt. Sehr oft müssen dem Kranken sämtliche Zähne gerissen werden, oder der Unterkiefer abgenommen werden. Der Abg. Dr. Pichler hat sich an allerstärksten gegen dieses Gesetz gewehrt. Zunächst erklärte er, ein solches Gesetz sei überhaupt gar nicht nötig, die Phosphornerrose sei keine so gefährliche Krankheit, durch eine ganz einfache Operation (Zahnreisen und Abnahme des Unterkiefers) kann sie wieder geholt werden usw. Als ihn aber alles nichts half, beantragte er, daß das Gesetz erst in mehreren Jahren in Kraft treten solle, damit ja den Zündholzfabrikanten nicht wehe geschieht.

Ich wäre am Ende.

Ich habe Ihnen gezeigt, wofür wir gestimmt haben und nicht gestimmt haben und was wir überhaupt in Bezug auf Arbeiterchutzpolitik geleistet haben.

Mögen andere Parteien sagen, was sie wollen, die treiben ja doch mit Stimmengewinn. Sie wollen die Stimmen der Arbeiter, damit sie im Reichstag zur Macht gelangen, haben sie aber diese einmal, dann dürfen wir sicher sein, daß die Sozialpolitik im Reichstage über Bord geworfen wird. Der Erfolg der letzten Legislaturperiode am sozialpolitischen Gebiete ist ein sehr negativer. Verzeihen Sie, daß ich und wir Sozialdemokraten unsere sozialpolitischen Gesetze gar nicht loben, sondern immer schimpfen. Wenn wir Sozialdemokraten diese einmal loben, dann geschieht überhaupt nichts mehr. Es gibt für uns Sozialdemokraten noch viel zu tun, machen Sie uns die Arbeit leichter, indem Sie uns durch eine tatkräftige Organisation

einen festen Rückhalt bilden, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo endlich das arbeitende Volk aus leiblicher und geistiger Sklaverei und Schmach zum wahren Menschenum, aus Macht zum Licht emporsteigt. Ich glaube, daß es Ihnen, nachdem was ich Ihnen gesagt habe, nicht schwer fallen wird, die Wahl zu treffen, wen Sie am 16. Juni Ihre Stimme geben.

In der sich anschließenden Diskussion weist u. a. Koll. Gatzner auf die Beschlüsse des Verbandstages hin, wonach es unbedingt nötig ist, wenn wir unser dort gestecktes Ziel erreichen wollen, daß wir einen solchen Kandidaten unsere Stimme geben, der auch voll und ganz für unsere Forderungen eintritt und das ist der Kandidat der sozialdemokratischen Partei. Hierauf wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Bünderversammlung befandet, daß die deutsche Sozialgesetzgebung in Bezug auf Arbeiterschutz nicht Schritt gehalten hat mit dem Fortschritt, den die maschinellen und technischen Erfindungen zur Ausbeutung der Arbeitskraft gemacht haben. Die Versammelten erhoffen, daß in Zukunft noch mehr als bisher die Gesetzgebung auf den Schutz der in Bünderien beschäftigten Arbeiter bedacht ist und fordern insbesondere ein Verbot der Nacharbeit für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, deren Einschränzung oder auch gänzliche Befreiung für Erwachsene und Einführung der Sonntagsruhe oder eines 36stündigen wöchentlichen Ruhetages, sowie Einführung eines 10stündigen Normalarbeits-tages. Die sehr stark besuchte Versammlung erklärt, nicht eher zu ruhen, bis nicht diese Punkte ihre Erledigung gefunden haben, die Anwesenden versprechen, an der Organisation festzuhalten und Nichtorganisierte ihr zuzuführen, wo es mir möglich ist.“

Genossenschaftliches.

Im Allgemeinen Konsumverein Augsburg wurde in der Generalversammlung am 11. Mai berichtet, daß der Steingewinn des Geschäfts im letzten Jahr 24 812 R betrug. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich in dem letzten Halbjahr um 478 vermehrt. Die eigene Bäckerei des Vereins ist mit der Zeit zu einem großen Betriebe angebrochen, sodaß die Errichtung eines zweiten Dampfbadofens zur dringenden Notwendigkeit wird. Die Versammlung beschloß einstimmig die Anfertigung eines zweiten Ofens.

Die Lübeder Genossenschafts-Bäckerei hielt am 24. April d. J. ihre Generalversammlung für das 1. Quartal d. J. ab. Der Umsatz betrug 113 411,74 M., der Warenverbrauch und die Umlöste belagten 103 427 M., der Bruttogewinn 9984,74 M. Verbacken wurden 2982 Sack Mehl, vermahlen in der eigenen Mühle wurden 5300 Sack Getreide. Der Geschäftsführer, Herr P. Voigt, berichtete ferner, daß der Neubau der Bäckerei seiner Vollendung entgegengehe und baldigst der Betrieb darin eröffnet werden könne.

Der Konsumverein "Biene" für Schönebeck a. E. und Umgegend hieß am Sonntag, den 17. Mai, eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der in der Hauptfrage über die Anschaffung eines zweiten Bodens beraten wurde, da die bisherige Errichtung der Bäckerei den Mitgliedern nicht mehr genügt.

Die Einkaufs- und Bäckerei-Genossenschaft Winterstadt hält am 24. Mai ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Umsatz betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 53.529.34. M., der Bruttoeinnahmen 10.557.97 M. Die gehaltenen Umlösen sind: Von des Bäckers beitrag 5303.32 M. Der Reingewinn beträgt 2166 M. Zur Verteilung gelangen 1750 M. Der Reiterden werden 300 M. überreichen. 100 M. werden als Abzahlreibung der übernommenen Zustände des Verteilungsvereins verbraucht. Der Reiterdenkurs beträgt jetzt 366 M. Die Mitgliederzahl beträgt 226. Strogen wurde von den Landwirten gekauft und vermahten 1169 Zentner; Weizenmehl wurde verbraucht 256 Zentner, Kleie 635 Zentner, Kohlen 10.976 Zentner. Die Sojatzbrotdöpferei, welche nun mehr 1 Jahr besteht, hatte einen Umsatz von 225 Zentner Sojatzbrot, die Weizbrotdöpferei, welche im November errichtet wurde, hatte einen Umsatz von 156 Zentner Weizbrot und 49 Zentner Seiden. Bei der Großhermanns-Genossenschaft hielten wir einen Umsatz von 13.900 M.

Sie die Konsumvereine das Brot vertilligen, zeigt ein Bericht aus Seesen. Demnach hat der Konsumverein für Seesen und Umgegend mit 2 Bäckereigehöften einen Lieferumtausch abgeschlossen, die demgemäß den Mitgliedern des Konsumvereins das Brot billiger liefern, als den übrigen Seesens. Zu dieser letzten Einführung hat nunwehr die Bäckereiung beidlingen auch den dem Konsumverein Seesen nicht angehörigen Nachbarn Brot zu denselben Preisen zu liefern, wie den Konsumvereinsmitgliedern. So hat der Konsumverein auch für die Nichtmitglieder das Brot billiger.

schuß, 3. der Genossenschaftstag, 4. das Verbandssekretariat. Der Vorstand besteht aus drei Personen, der Ausschuß aus den Vorsitzenden der Revisionsverbände, einem Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft und drei alljährlich vom Genossenschaftstag zu wählenden Mitgliedern. Zum Publikationsorgan wurde der „Wochenbericht der Großeinkaufsgesellschaft“ bestimmt, der am 2. Januar 1904 in das Eigentum des neuen Verbandes übergeht und den Namen erhält: „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“. Ein Sekretär soll bis auf weiteres noch nicht angestellt werden, die notwendigen Arbeiten besorgt einzuweisen die Schriftleitung des Wochenberichts, die ihren Sitz in Hamburg behält. In den Vorstand wurden gewählt: Radestock-Dresden, Barth-München und Schmidtchen-Harburg; in den Ausschuß: Bobbig-Schedewitz, Professor Staudinger-Darmstadt, von Elm-Hamburg. Damit waren die Arbeiten des Genossenschaftstages erledigt. Es wurde noch eine von Käuzenstein-Berlin eingebauchte Resolution gegen gesetzgeberische Maßnahmen zur Bedrückung der Konsumvereine angenommen und hierauf nach den üblichen Schlusfreden um 4½ Uhr nachmittags der Genossenschaftstag geschlossen. Am Dienstag Nachmittag 2 Uhr begann die 9. Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Kaltzen-Dresden, geleitet wurde. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht erläuterte der erste Geschäftsführer, Scherling. Er erklärte, daß an eine Eigenproduktion nicht gedacht werden könne, so lange der Gesellschaft nicht weit größere Summen eigenen Kapitals zur Verfügung ständen, als wie dies jetzt der Fall sei. Liebmann-Mainz kritisierte die Mängel im Schreib- und Rechnungswesen der Gesellschaft, um deren Beseitigung er ersucht. Darauf wurde die Jahresrechnung genehmigt, den Geschäftsführern Entlastung erteilt, die Verteilung des Reingewinns nach dem Vorschlag der Geschäftsleitung beschlossen, zum Revisor Heins-Bremen wiedergewählt und dem Antrag der Geschäftsleitung, dem Kassierer Storr Procura zu erteilen, zugestimmt. Ebenfalls zugestimmt wurde nach Anhörung des Berichts der Schriftleitung dem Übergange dieser Abteilung an den neu gegründeten Zentralverband deutscher Konsumvereine. Am Mittwoch früh 9 Uhr wurde zunächst das Resultat der Neuwahl für die ausgeschiedenen Mitglieder des Ausschusses für die Geschäftsführung festgestellt.

glieder des Aufsichtsrates bekannt gegeben. Wiedergewählt sind Asmuss-Braunschweig, Postel-Hamburg, Herbert-Stettin; neu gewählt Riemann-Chemnitz, Fischer-München-Endling, Markus-Wormen. Sodann wurden verschiedene Abänderungen des Statuts beschlossen, u. a. eine Erhöhung der Stammeinlagen, während ein Antrag auf Abänderung des Stimmrechtes nach lebhafter Debatte abgelehnt wurde. Es hat demnach wie bisher jeder Verein eine Stimme. Alle sonstigen Angelegenheiten wurden hierauf in raschem Tempo erledigt, so daß die Generalversammlung um 1 Uhr mittags ihr Ende erreicht hatte. Mit dem Gewerbeschäftstag war eine Warenausstellung verbunden, die in den Räumen des Volkshauses in gleichmäßiger Weise untergebracht war. Reben der Großindustriegesellschaft hatten 129 Fabrikaten Waren verschiedener Art — die Ausstellung hatte zwölf Gruppen — zur Schau gestellt.

Aus der Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftsverbandstage. Die Bar-
riere tagten vom 24.—26. März in Mannheim. Sie
sprachen sich für Errichtung von Betriebsgenossenschaften
aus. Weiter wurde die Einführung der Arbeitslosenun-
tersuchung beschlossen. Der Sitz des Verbandes verbleibt
in Hamburg.

Die Bergolber tagten in München. Auch hier wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen und der Beitrag zu diesem Zweck für männliche Mitglieder von 25 auf 40 S und für weibliche Mitglieder von 20 auf 30 S erhöht. Die Unterstützungsjahre betragen:

a) Alle teilende Mitglieder 2 M pro Kilometer, und
unter innerhalb zwölf Monaten nach einer Mitgliedsdauer
von 26 Wochen bis zu 10 M, 52 Wochen bis zu 27 M,
62 Wochen bis zu 40 M, 156 Wochen bis zu 50 M.
b) Alle arbeitslose Mitglieder am Ort innerhalb zwölf
Monaten, wobei ersten Unterstützungsangebot gerechnet, um
die Dauer von sechs Wochen nach einer Mitgliedsdauer
von 52 Wochen 125 M pro Tag oder 7.50 M pro Woche,
64 Wochen 150 M pro Tag oder 9 M pro Woche,
56 Wochen 175 M pro Tag oder 10.50 M pro Woche.
Der Anspruch auf öffliche Arbeitslosenunterstützung beginnt
am vierten Tage der Arbeitslosenunterstützung an. Für
Aussehen bis zu einer Woche wird keine Unterstützung
bezahlt.

Die Hinterlebenen eines Mitgliedes können bei
intendendem Todestall nach dreijähriger Mitgliedschaft
voneinander eine Unterstützung zu den Begehrungslosten von
20 M erhalten. Sitzt die Ehefrau eines Mitgliedes, kann
unter denselben Bedingungen eine Unterstützung von 20 M
erlangt werden.

Zu reip. Resolutionen wendete sich die Generalversammlung gegen die Aflorderbarkeit und für Verbesserung der Arbeitszeit, damit der Arbeitstag besiegelt erreicht werde. Auch wird beschlossen, das Zwischenmeister-System und die Heimarbeit, die beide Betriebschäden, energetisch zu beseitigen.

Jetzt wird beschlossen, den Verbandsvorstehenden fest zu halten. Das Gehalt des Vorstehenden wird auf 1800 Mark festgesetzt.

Eine Textilarbeiter-Konferenz, die sich aus Vertretern der Agenturkomitees, dem Zentralvorstand und Ausschuss des Verbandes zusammensetzte, tagte am 12. April in Berlin.

am 12. April in Berlin.
Der Zweck der Konferenz war, eine Vorlage über eine Gau-Einteilung und Aufstellung bestellter Gauleiter auszuarbeiten. Es wurde davon hingenommen, daß sich diese Maßnahme, die die letzte Generalversammlung beschlossen, zweckmäßig gemacht habe, da die Mitgliederzahl auf über 51 000 gestiegen sei. Es wurde beschlossen: der nächsten Generalversammlung die Einteilung des Verbundesgebietes in 7 Gau's und die dementsprechende Aufstellung von Gaubeamten vorzuschlagen. Die Gaubeamten sollen in geheimer Abstimmung mit den Gaukonsorten, die alle 2 Jahre gewählt werden, gewählt werden, und bedürfen der Bestätigung des Verbundsvorstandes. Als Gehalt der Gaubeamten werden 1600 M. vorgeschlagen jährlich steigend um 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2000 M. — Die Fassung über diese Vorlage wird die im nächsten Gau-Kontinentale Generalversammlung des Verbundes treten.

Die Schiffszimmer fanden vom 19. bis 22. April in Bergedorf bei Hamburg. Nach dem Bericht des Vorsitzenden hatte der Verband am 31. Dezember 1902 2057 Mitglieder in 29 Zweigvereinen und ein Vermögen in der Summe von 28 696 M gegen 16 854 M am 31. Dezember 1901. Die Generalsekretariatszahl beinhaltete nicht ebenjolls mit der Eröffnung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde mit 18 gegen 4 Stimmen beschlossen, soll aber den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden und in Kraft treten, wenn zwei Drittel derselben dafür stimmen. Erklären sich die Mitglieder dafür, soll auch der Beitrag um 20 % pro Woche erhöht werden. Die Einführung der Krankenunterstützung wurde abgelehnt, weil die gleichzeitige Schaffung von zwei neuen Unterstützungseinrichtungen und die damit verbundene Beitragserhöhung nicht praktisch sei.

Bezüglich der Differenzen zwischen Schiffszimmerer- und Werftarbeiter-Verband wurde beschlossen, den Zentralvorstand zu beauftragen, unverzüglich mit dem Vorstand des Weristarbeiter-Verbandes, event. unter Hinzuziehung der Generalkommission, in Verhandlungen zu treten, um die Meinungen in einzelnen Orten zwischen den Mitgliedern der beiden Verbände bei der Agitation zu beseitigen.

Bei Regelung der Streikunterstützung wurde ein Antrag angenommen, nach welchem alle Streikunterstützungen als Darlehen gelten und zurückzuzahlen sind, wenn der Empfänger das Solidaritätsgefühl verletzt. Die Streikenden müssen eine diesbezügliche Verpflichtung unterschreiben.

Der Vorstand wurde beauftragt, eine Schrift: „Praktische Winke für die Schiffszimmerer“ herauszugeben. Endlich wurde beschlossen, einen beförderten Beamten mit einem Jahresgehalt von 1800 M. anzustellen.

Die Tabakarbeiter hielten ihren Verbandstag

vom 23. bis 28. März in Dresden ab. Auch hier bildete

die Arbeitslosenunterstützung den Hauptdiskussionspunkt. In namenlicher Abstimmung wurde schließlich die Einführung dieses Unterstützungs Zweiges mit 43 gegen 18 Stimmen beschlossen. Auch soll eine Kranken- und Sterbeunterstützung, sowie Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden. Die Krankenunterstützung soll mit dem 1. Januar 1904, die Arbeitslosenunterstützung mit dem 1. Juli in Kraft treten. Die Beitragseleistung soll wie folgt bemessen werden: Klasse I 25 ℳ , Klasse Ia 35 ℳ , Klasse II 35 ℳ , Klasse IIa 45 ℳ , Klasse IIb 55 ℳ und Klasse IIc 75 ℳ . Klasse I und Ia sind nur für Mutterinnen, Wiedermacher, Sortiererinnen, Zigarettenmacherinnen, Vorleger, Deckenmacher, Zurichter, sonstige Tabakarbeiterinnen und Lehrlinge. — Der Redakteur des Verbandsorgans, Genosse Geher, wurde verpflichtet, in Zukunft zu den den Verband beschäftigenden Fragen mehr als bisher Stellung zu nehmen, und weiter wurde ihm nahegelegt, allen Artikeln, welche geeignet sind, das religiöse Gefühl der Mitglieder irgendwie zu verletzen, die Aufnahme zu verweigern. Den Beamten wird eine Gehaltserhöhung von jährlich 100 ℳ zugesprochen, unter der Bedingung, daß sie der Unterstützungs klasse des Vereins „Arbeiterpresse“ beitreten.

Die Schmiede tagten in Halle. Sie lehnten die geplante Einführung der Krankenunterstützung mit 32 gegen 15 Stimmen ab. Mit 37 gegen 10 Stimmen wurde dann aber noch beschlossen, in der Sache eine Urabstimmung sämtlicher Mitglieder vornehmen zu lassen. Wenn aber dann nicht mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen für die Einführung dieser Unterstützung votiren, dann soll dieselbe nicht eingeführt werden. Die Streifunterstützung wurde erhöht, ebenfalls der Beitrag, und zwar für männliche Mitglieder von 25 auf 30 $\text{S}.$, für weibliche von 15 auf 20 $\text{S}.$. Die Angestellten des Verbandes wurden verpflichtet, sich der Unterstützungsvereinigung ~~der in der außerordentlichen Erweiterbewegung Angestellten anzuschließen~~ anzuschließen. Der Verband zahlt dazu die Hälfte der Beiträge. Es wurde weiter die Anstellung von ein bis zwei Gauleitern beschlossen. In der Leitung des Verbandes wurden keinerlei Änderungen vorgenommen.

Die Handels- und Transportarbeiter traten zu ihrem Verbandstag Ostern in Hamburg zusammen. Der Vorstand wurde beauftragt, betr. der Reiseunterstützung Erhebungen anzustellen, und dem nächsten Verbandstage eine Vorlage über Einführung dieses Unterstützungszweiges zu unterbreiten. Beschlossen wurde weiter, die Krankenunterstützung obligatorisch einzuführen. Der Arbeitslosenunterstützung soll eine neue Staffel, sponnach nach 10jähriger Mitgliedschaft 9 % Unterstützung auf acht Wochen bezahlt werden, hinzugefügt werden. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder auf 30,-, für weibliche Mitglieder auf 20,- festgesetzt. Die Gemeinschaftenunterstützung soll in Zukunft auf die Dauer von 13 Wochen gezahlt werden. Der Zentralvorstand wird verpflichtet, der Einführung des Sechsuhr-Post- und Bahnhofslusses auch in Zukunft ihr Augenmerk zu widmen. Die Gehälter der Beamten wurden wesentlich aufgebessert. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Die Sattler tagten ebenfalls Ostern in Kassel. Beschlossen wurde, Angriffsstreiks für die Zukunft nur dann zu bewilligen, wenn zwei Drittel aller in Betracht kommenden Kollegen ein halbes Jahr, Abwehrstreiks, wenn die Hälfte der Kollegen ein halbes Jahr organisiert sind. Mit 25 gegen 14 Stimmen wurde ferner die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, und mit allen gegen eine Stimme die Einführung der Krankenunterstützung beschlossen. Die Unterstützungen treten mit dem 1. Juli 1904 in Kraft. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer ein Jahr, Krankenunterstützung, wer drei Jahre Mitglied ist, und zwar vom siebenten Tag an pro Tag eine M und im Jahre bis zu 42 Tagen. Es wurde ein Sekretär mit 1800 Jahresgehalt, steigend pro Jahr um 50 M, angestellt. Die Beiträge für die Unterstützungsvereinigung werden zur Hälfte von der Organisation gezahlt. Der Verbandsbeitrag wurde von 25 M auf 40 M erhöht.

Der Verbandstag der Seefahrer fand vom 20. bis 23. April in Hamburg statt. Von wichtigen Beschlüssen desselben seien hervorgehoben: Der "Seemann" erscheint in seiner bisherigen Form und Ausstattung, ebenso der Seemannskalender; es soll ein Leitfaden (Kommentar) zur Seemannsordnung, dem Seeunfall- und Invalidenversicherungsgezetz vom Hauptvorstand herausgegeben werden. Für den ganzen Verband sollen die bis jetzt nur stellenweise gebräuchlichen Kontrollkarten und Aufnahmescheine und das Übermännergesetz eingeführt und das Nord- und Süseegebiet in Agitationsbezirke eingeteilt werden. Auf Antrag Müller wird beschlossen, einen Kartellvertrag aller am Transport beschäftigten Organisationen anzustreben. Eine vom Vorstand ausgearbeitete, sich auf die Schiffsversicherung beziehende Vorlage wird zur Durchberatung an die Mitgliedschäften verwiesen. Um die Autonomie der Regierung mehr auf die Beziehungen bei der Schifffahrt zu lenken, soll vom Vorstand ein "Seemannsschutzbund" einberufen werden. Ferner wird beschlossen, das Vertragsverhältnis mit der internationalen Flöderation beizubehalten. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg und der des Ausschusses in Bremenhaven. Als Vorsitzender und Redakteur wird P. Müller wiedergewählt.